

**Beirat für religiöse Integrationsfragen beim
Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW**

-. -

Impulse

aus den Religionen

zum Integrationsprozess

-. -

Mai 2005

Inhalt

<i>Ein Wort zuvor</i>	S. 3
<i>Ungelöste Aufgaben</i>	S. 4
<i>Minister Wolfram Kuschke, Chef der Staatskanzlei</i>	
I. Umgang mit Ängsten	S. 10
II. Lernbereitschaft – das Tor zur Zukunft	S. 17
<i>Zur Lage der Erziehung</i>	S. 17
<i>Zur Lernkultur</i>	S. 18
<i>Bildungsziele</i>	S. 25
<i>Bildungs- und Erziehungspartnerschaften</i>	S. 13
III. Grundannahmen über das Wesen des Menschen	S. 14
IV. Runde Tische mit Vertretern der Religionen in den der Städten und Gemeinden	S. 24
<i>Zum Selbstverständnis</i>	S. 24
<i>Angebote an die Kommunalpolitik</i>	S. 26
<i>Arbeitsschritte</i>	S. 27
<i>Arbeitsmethoden:</i>	S. 29
○ <i>Stadtteilerkundungen</i>	S. 29
○ <i>Lernen in fremden Situationen</i>	S. 30
○ <i>Werkstattgespräche</i>	S. 30
○ <i>Erzählcafés</i>	S. 30
○ <i>Interkulturelle Öffnung von Verbänden und Verwaltungen</i>	S. 32
○ <i>Meditationen an Orten städtischer Entscheidungen</i>	S. 34
V. Themen von besonderer Bedeutung für die Religionen der Stadt	S. 38

<i>a. Die Jugend – Thema für Strukturen des Zuhörens</i>	S. 38
<i>b. Flüchtlinge – Teil und Schatten der Gesellschaft</i>	S. 40
<i>c. die Nähe zu Arbeitslosen</i>	S. 43

VI. Mitwirkende **S. 43**

Ein Wort zuvor

Wir haben die Ergebnisse des dreijährigen Dialogprogramms ‚Integration mit aufrechtem Gang‘ und des Integrationskongresses vom Juni 2004 ausgewertet und versucht, das Grundproblem hinter den Detailfragen auszuloten, die eigentliche Tiefendimension der Integration an folgenden Themenbeispielen anzudeuten und sie an Stadtteilproblemen zu konkretisieren.

Dabei gehen wir vor allem auf die nachholende Integration der 2. und 3. Generation ein, die letztlich erst dann möglich wird, wenn diese zu gesellschaftlichem Handeln eingeladen werden und ihr Engagement gewürdigt wird.

Integration kann nämlich nur gelingen, wenn die zugewanderten Bürgerinnen und Bürger gebraucht und nicht nur geduldet werden, wenn sie der neuen Heimat etwas bedeuten können, wenn sie an der Lösung von Zukunftsaufgaben mitwirken und mit eigenen Beiträgen zum Gemeinwohl in der Mitte der Gesellschaft ankommen.

Dann wird aus einem beziehungslosen Nebeneinander nicht ein Gegeneinander, sondern es öffnen sich Türen zu einem Miteinander - zum Vorteil aller Seiten.

Das gilt auch für die Glaubensgemeinschaften, denn diese sind nicht nur der religiösen Vergewisserung und dem Wohlergehen ihrer Mitglieder verpflichtet, sondern haben sich in die Zukunfts- und Verantwortungsgemeinschaft der Gesellschaft einzubringen.

Sie wissen, dass Menschen mehr sind als
 wurzellose Pflanzen,
 funktionierende Rollenträger,
 Schachsteine im fremden Spiel,
 Kulturträger mit abgestufter Würde,
 Produkte elektro-chemischer Prozesse,
 willenlose Rädchen im wirtschaftlichen Getriebe,
 hilflose Schwämme in der Sintflut der Informationen.

Sie haben nämlich Würde, die in Gott verbürgt ist. Das bedeutet, dass Migranten nicht identitätslos wie Tropfen im Meer aufgehen, sondern den Mosaiksteinen gleichen, die das Ganze bereichern und vom Gesamtbild her selbst Bedeutung gewinnen.

Ihre Würde reduziert das Menschsein nicht auf aufenthaltsrechtliche Kategorien, macht sie nicht zu Objekten von Betreuungsdenken und mutet ihnen nicht zu, geschichtslose Wesen zu sein, die ihre mitgebrachte Vergangenheit vergessen sollten, um sich schnell und unbefangen einem fremden kulturellen Umfeld anzupassen.

Dieses Grundverständnis wollen wir später an Problemen der Städte und der Stadtteile konkretisieren.

Ungelöste Aufgaben

Rede von Minister Wolfram Kuschke, Chef der Staatskanzlei,
am 10. September 2004 in Düsseldorf (Stadtter)

Ganz spontan habe ich die Einladung von Herrn Dr. Lefringhausen angenommen, als er mir von Ihrem Forum und dem heutigen Treffen berichtete. An dieser Spontaneität können Sie bereits mein Interesse erkennen, sowohl mein persönliches, als auch mein – wenn Sie so wollen – dienstliches.

Mein erster Eindruck nach dieser Vorstellungsrunde ist: Hier sind sturmerprobte Menschen versammelt, die in vielfältiger Weise bis heute bereits an unterschiedlichen Dialogen teilgenommen und diese geprägt haben. Menschen, die wissen, wie schwierig der Dialog sein kann, welche Fallstricke und Hemmnisse manchmal lauern. Die aber auch wissen, wie befruchtend und bereichernd der Dialog sein kann. Und vielleicht das wichtigste: Menschen, die Wissen, dass es keine Alternative zum Dialog gibt.

„Das Kongressforum will sich in Form eines Integrationsforums auch künftig treffen, um die weiteren Integrationsbemühungen dauerhaft zu begleiten. Es bittet den Integrationsbeauftragten, es als Kern eines Beirates für religiöse Fragen im Integrationsprozess zu verstehen“

Mit diesen Sätzen haben Sie auf dem Integrationskongress 2004 in Köln Ihre Weiterarbeit beschlossen. Zunächst ist Ihnen alle zu danken, dass Sie diese Arbeit übernehmen wollen. Denn Ihnen und auch mir ist bewusst: Dies ist nicht nur eine schwierige, sondern eine enorm wichtige Aufgabe.

Das Verhältnis von Integration und Religion ist ein schwieriges. Integration entscheidet sich nicht an Religion, aber Religion kann Integration verhindern oder fördern. Dies bringen Sie in im Thema Ihres Kongressforums zum Ausdruck: ‚Integrationsbrücken oder Blockaden‘. Brücken bauen und begehbar machen, Blockaden abbauen, darin sehen Sie Ihre Aufgabe.

Die meisten von Ihnen haben an unterschiedlichen Orten bereits Erfahrungen gesammelt: in christlich-islamischen, christlich-jüdischen Dialogforen, in Kommunen oder an anderen Orten. Wenn ich es recht verstehe, haben Sie kein direktes Mandat Ihrer Organisationen. Doch hierin sehe kein Hindernis, sondern vielmehr eine Chance. Es gibt Ihnen eine Unabhängigkeit im Denken und das, was Sie gemeinsam erarbeiten kann an unterschiedlichsten Stellen eingebracht werden. Vielleicht besteht gerade darin die Möglichkeit, nachhaltig zu wirken.

Dieses beschreibt auch mein Interesse. Sie wissen, dass die Landesregierung sich der Fragen bewusst ist, die durch den Wandel der religiösen Landschaft aufgebrochen sind. Es sind vielfältige Fragen in unterschiedlichen Bereichen. Oftmals brechen diese Fragen als Konfliktthemen auf und werden zum Thema juristischer Auseinandersetzungen. Wenn es so weit gekommen ist, scheinen eher Blockaden aufgebaut zu werden.

Natürlich kann der Staat sich Fragen nicht entziehen, die das Verhältnis von Staat und Religion in der heutigen Zeit betreffen, Fragen, die sich durch die Herausforderungen einer religiösen Pluralität ergeben. Im März 2004 hat Ministerpräsident Steinbrück hier im Stadttor zu einem Gespräch eingeladen, bei dem es um die Verhältnisbestimmung von Staat und Religionen in der heutigen Zeit ging: „Religiöse Vielfalt und staatliche Neutralitätspflicht“. Mit dieser Veranstaltung, die von allen Beteiligten positiv beurteilt wurde, ist der Dialog nicht abgeschlossen. Er ist eröffnet. Die Hausforderungen sind noch nicht gelöst, aber besser beschrieben.

Nicht zuletzt auch durch eine Rückbesinnung auf Bewährtes. Von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes konnte eine Diskussion, wie wir Sie heute führen, nicht vorausgesehen werden. Doch sie haben eine Verhältnisbestimmung von Staat und Religion vorgenommen, die bis heute uneingeschränkt Gültigkeit besitzt. Trennung von Staat und Kirche, Neutralitätspflicht des Staates und

Religionsfreiheit sind zentrale Begriffe, die das Verhältnis prägen. Wir haben in Deutschland eine besondere Form des Zueinanders, anders als in laizistischen Staaten oder staatskirchlichen Verhältnissen. Das unterscheidet uns von anderen Staaten. Und dieses Verhältnis hat sich bewährt.

„Kann es eine staatliche Religionspolitik in dieser Verhältnisbestimmung überhaupt noch geben?“ So fragt kein anderer als Ernst-Wolfgang Böckenförde, dessen Worte „der Staat lebt von Werten, die er sich selbst nicht geben kann“ vermutlich die meistzitierten sind, wenn Politiker mit Kirchenvertretern zusammentreffen. Ist Religionspolitik nicht eine Einmischung des Staates in die Freiheit und Unabhängigkeit der Religionsgemeinschaften? Vermutlich sogar eine Verletzung der Trennung von Staat und Kirche? In den letzten Jahren ist der Ruf nach einer Religionspolitik lauter geworden. Auch der nach einer Islampolitik. „Wie viel Religion verträgt Deutschland.“ Dieser Titel eines einschlägigen Buches von Wolfgang Schieder weist darauf hin, dass es Konfliktpotenziale gibt.

Wie geht man mit diesen Konflikten um? Indem man, wie das genannte Buch es vorschlägt, Grundzüge einer Zivilreligion entwickelt? Der Staat ist religiös-weltanschaulich neutral. Daran gilt es festzuhalten. Er übernimmt aber eine ihm zugewiesene, zentrale Regelungskompetenz wenn das Zusammenleben der Menschen betroffen ist. Um des öffentlichen Friedens und seiner Sicherung willen hat er die Befugnis und Aufgabe der Letztentscheidung, wenn es um Fragen dessen geht, was rechtlich geboten oder verboten wird. Und er hat Maßstäbe, nach denen dieses Recht zu formulieren ist.

Solange eine Gesellschaft religiös homogen ist, bilden sich in diesen Fragen wenige Konflikte. Auch wenn man nicht verhehlen darf, dass es sich in diesem Bereich nicht immer nur um ein Kooperationsfeld, sondern auch um ein Konfliktfeld gehandelt hat. Aber dieses Konfliktfeld hat die Grundpfeiler nie in Frage gestellt. Doch spätestens nach 1989 kann man kaum mehr von einer religiös homogenen Landschaft in Deutschland sprechen. Die neuen Bundesländer haben ihre eigene spezifische und der Geschichte geschuldete religiöse und nichtreligiöse Zusammensetzung. Auch im Westen hat es bereits seit den 50er Jahren Tendenzen gegeben, die von Religionssoziologen mit den Stichworten Entkonfessionalisierung und Entkirchlichung beschrieben werden. Auch religionskritische und kirchenkritische Stimmen hat es immer gegeben, Stimmen, die eine striktere Trennung von Kirche und Staat gefordert haben. Innerhalb der politischen Lager gibt es diese Stimmen in programmatischer Form nicht mehr, wie nicht zuletzt der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Dr. Langendörfer, in einem Beitrag festgestellt hat.

Wie sieht die Situation aber nun aus, wenn mit der dauerhaften Präsenz einer anderen und als fremd empfundenen Religion neue Herausforderungen entstehen? Wenn auch andere, kleinere religiöse Gemeinschaften auftreten? Wenn man die Diskussion um das Kopftuch verfolgt, sich von dem „ja“ oder „nein“ zu dieser Frage löst und statt dessen die Gründe für diese Wertung beobachtet, sieht man, dass hier verschiedenste Motive im Hintergrund verborgen sind, die nicht alle unproblematisch erscheinen:

- die Angst vor einer Überfremdung,
- Ängste vor einer fremden Religion und einer Bedrohung durch diese,
- die Forderung nach einer strikteren Trennung von Staat und Religion, die Religion nur als Privatsache ansieht

Ängste vor Überfremdung sind ernst zu nehmen, ein Populismus, der mit diesen Ängsten spielt, ist zu bekämpfen. Neuere Studien, zum Beispiel die von Professor Heitmeyer aus Bielefeld, weisen auf, dass diese Ängste sich in Haltungen niederschlagen können: Antisemitismus und Islamphobie werden in diesem Zusammenhang benannt. Es bestehen Ängste vor Fremdheit und ein Gefühl der Bedrohung. Fremdheit, da wir es mit anderen Religionen zu tun haben, die für viele sichtbare Zeichen und unbekannte Riten hat. Bedrohung, da wir Bilder vor Augen haben, wo Religionen missbraucht werden, wo in ihrem Namen Menschen unterdrückt werden und Terror durch sie legitimiert wird.

Das sind Herausforderungen und Fragen denen sich Staat und Gesellschaft zu stellen haben. Doch Sie sehen: oftmals haben diese einen negativen Bezugspunkt. Chancen des gemeinsamen Zusammenlebens werden oft postuliert, aber seltener benannt. Obwohl es sie an vielen Stellen vor Ort gibt.

Eine solche Kehrtwende erhoffe ich mir auch von Ihrem Beitrag. Sie ersetzen keine Politik, aber Sie können eine andere Stimme einbringen in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Bei zahlreichen Aufgaben ist der Staat auf Initiativen und Kooperationen mit gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Das gilt insbesondere für Bereiche, die mit Sinnfindung zu tun haben. Deshalb bin ich dankbar, dass das Kongressforum beschlossen hat, das Bindende und Verbindende gemeinsamer Zukunftsaufgaben aufzuspüren und möglichst konkrete Ergebnisse dieses gemeinsamen Nachdenkens vorzulegen. Das ist ein wichtiges Signal, das andeutet, dass sich der Verantwortungshorizont der Religionen nicht auf das Wohlergehen der eigenen Glaubensfamilie beschränkt, sondern Themen des Gemeinwohls einbezieht. Diese Initiative schätze ich auch integrationspolitisch hoch ein, denn ohne das Bewusstsein von einer Verantwortungsgemeinschaft würde es beim Schwebezustand einer

Halbintegration bleiben, die jederzeit wieder in eine mentale Emigration aus der Gastgesellschaft zurückfallen könnte. Zudem würde für die Beziehungen zwischen Religion und Politik ein würdiges Themenniveau fehlen, von dem die gegenseitige Achtung lebt.

Sie haben mich gebeten, einige der Zukunftsaufgaben dieses Landes zu benennen. Das ist nicht einfach, denn es geht darum, diese Aufgaben anschlussfähig, also erkennbar zu machen, wo interreligiöse Schnittmengen liegen. Insofern kann es sich nur um den Auftakt für einen gemeinsamen Suchprozess handeln. Hinzu kommt, dass von den Religionen nicht Politikersatz und Detailaussagen erwartet werden, sondern eine spirituelle Wachheit, die das Problem hinter den Problemen benennt. So geht es weniger um diese oder jene Richtigkeit in der Sozialpolitik, sondern um den wichtigen Dienst der Religionen, die beharrlich nach den anthropologischen Grundannahmen fragen, von denen die Politik im hektischen Alltag oft mehr oder weniger reflektiert ausgeht.

Insofern werden die Religionen kaum über eine mittlere Abstraktionsebene hinausgehen, doch gerade diese ist es, auf der Sie Ihr Spezifikum einbringen können.

Lassen Sie mich vier Bereiche als Zukunftsaufgaben kurz markieren:

1.

Der Trend zur Individualisierung und Anonymisierung urbanen Lebens hat die Menschen einerseits von den Zwängen sozialer Kontrolle befreit, andererseits aber auch um Erfahrungen verlässlicher Gemeinschaft ärmer gemacht und nicht zuletzt auch zu ruinösem Umgang mit Solidarkassen geführt.

Wir können und wollen bei diesem Thema nicht mit dem Rücken nach vorn leben und uns nach rückwärts orientieren, sondern brauchen zukunftsfähige Impulse. Wenn die Religionen sich dabei als Vordenker verstehen könnten, wäre das ein würdiges Großprojekt, das sicher nicht abgeschlossen werden kann, bei dem aber bereits Zwischenberichte wertvolle Impulse enthalten könnten.

2.

Eine pluralistische Gesellschaft gibt im Rahmen des demokratischen Grundkonsenses Raum für unterschiedliche Erziehungsintentionen. Die Erziehungsstile und Erziehungsziele können jedoch so sehr in Spannung zueinander geraten, dass öffentliche Schulen, Elternhäuser und Glaubensgemeinschaften gegeneinander erziehen und den Kindern zumuten, dass Kulturkonflikte auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Wir brauchen deshalb zwischen diesen Erziehungsinstanzen einen verdächtigungsfreien Dialog, der zumindest die Spannungen abbaut, die sich aus Missverständnissen ergeben. Das würde auch bedeuten, die Grundwerte zu benennen, die die pädagogischen Intentionen prägen. Damit ist mehr angesprochen als Fragen des Religionsunterrichts, die bekanntlich Thema eines anderen Dialogprojektes sind.

3.

Religionen haben sehr lebensnah mit Stadtteilen und ihren Problemen zu tun. Dort gibt Gleichzeitigkeiten und zugleich ein Gegeneinander von kultureller Öffnung oder Abkapselung, Integration oder Ethnisierung, interkulturelles Lernen oder Rückzug in den Raum der Gleichgesinnten, kollektive Selbstaufgabe oder Widerstand gegen drohenden Imageverfall, Bürgersinn oder Erwartungshaltung und anderem mehr.

Religionen können insbesondere im Bereich mentaler Stadtsanierung den Willen zur Selbstverantwortung stärken, eine aufgabenorientierte Kommunikation anregen und helfen, Strukturen der Meinungsbildung zu schaffen.

4.

Wir brauchen zusätzliche Impulse der Religionen für eine Kultur des Lernens, denn Bildung ist Investition in die Zukunft und weder Migranten noch eine Mehrheitsgesellschaft können es sich leisten, auf ein erhebliches Bildungsengagement zu verzichten.

Deshalb hängt viel davon ab, ob die Religionen zu einem gehobenen Lernklima in den Familien motivieren können. Das bedeutet nicht, die Verantwortung etwa für Pisa-Resultate auf andere abzuschieben, sondern es ist ein Versuch, Motive zu bündeln und auf dieses zentrale Thema einer Verantwortungsgemeinschaft zu konzentrieren.

Wer sich an die Arbeit macht, wird merken, dass hinter jedem Thema eine Fülle weiterer offener Fragen steht. Deshalb wären Sie gut beraten, sich zunächst auf einen thematischen Akzent zu beschränken. Das muss nicht einer der vorgeschlagenen sein, es können auch Beiträge zur interreligiösen Grundwertedebatte, religiöse Impulse für Initiativen der Einen Welt sein, interreligiöse Kooperationen für den Frieden zwischen den Kulturen oder Ansätze zu einer Theologie der Integration sein.

Ich nenne diese Zusatzthemen, um anzudeuten, dass Ihr Vorhaben auf erheblichen Bedarf stößt, doch es wird vor allem dann gelingen, wenn Sie der Versuchung widerstehen, die Kräfte im Vielerlei zu verzetteln.

Sie können sicher sein, dass die Politik Ihre Arbeitsergebnisse engagiert zur Kenntnis nimmt. Zudem wird das Gelingen Ihrer Denk- und Dialogarbeit zu ähnlichen Projekten in anderen Bundesländern anregen. Deshalb geht die Bedeutung dieses Versuchs deutlich über die Landesgrenze hinaus.

Bestehende Konfliktthemen habe ich ausgespart. Dieses wird Ihnen nicht entgangen sein. Konflikte müssen gelöst werden, doch sehe ich Sie nicht als Feuerwehr in diesem Bereich.

Die Impulse die Sie einbringen, können sollten einen anderen Charakter haben und ich würde mich freuen, von Ihren Arbeitsergebnissen zu hören.

I. Umgang mit Ängsten

1. Ängste und ihre Funktionen

Jeder Mensch hat Ängste, doch kaum jemand gesteht sie ein. Doch wer Angst verdrängt, kann sie nicht verarbeiten und setzt sich Tendenzen zu Ohnmachtgefühlen, zu Hass, Gewalt und Krankheit (Phobie) aus.

Angst ist notwendig, denn sie weckt, rüttelt auf und warnt vor Gefahren. Als lebenswichtige Alarmglocke ist sie ein natürlicher Schutzmechanismus und ein Lebens-Mittel, das gebraucht wird, um sich nicht bewusstlos Gefahren auszusetzen.

Verdrängte und frei vagabundierende Angst sucht Feinde, um sich zu erklären. Sie steigert sich, indem sie Feindbilder in destruktiver Absicht dramatisiert. Oft verknoten sich Überfremdungsängste, soziale Abstiegsängste, Verlustängste, Sicherheits-, Orientierungs- und Überforderungsängste, die sich gegenseitig

stützen und bestätigen, das Integrationsklima prägen und Demagogen zum Geschäft mit der Angst einladen.

Deshalb wollen wir
 Ängste bewusst machen,
 konstruktiv mit ihnen umgehen,
 ihnen die destruktive Kraft nehmen,
 ihre Feindbildmechanismen aushebeln,
 sie voreinander offen auf den Tisch legen,
 und sie in produktive Energien umwandeln,

denn Glaubensgemeinschaften können heilend mit Ängsten umgehen, aber auch Resonanzboden werden und sie verstärken. Sie können ein Klima der Angst für Ab- und Ausgrenzungen nutzen, aber auch mit inneren Gewissheiten beantworten und Identitäten öffnen.

2. Religionen und Ängste

Religionen können Ängste zur Flucht in Identitätsburgen nutzen oder zu Integrationsbrücken verwandeln.

Sie können Menschen mit religiösem Druck zu Knechten der Angst machen, religiöse Gewissheit kann aber auch aus überwundener Angst Ich-Stärke entwickeln.

Sie können mit einem Entweder-Oder-Denken Grenzen ziehen, aber auch Brücken bauen und zur Koexistenz befähigen.

Angesagt ist also eine aktive Angstbearbeitung, die dem Medientrend negativer Genüßlichkeit und dem Katastrophendaueralarm der Nachrichten widersteht und ein Klima unbefangener und verdächtigungsfreier Begegnungen zwischen den Religionen und Kulturen schafft.

Das gelingt nur, wenn Ängste nicht verschwiegen, sondern zugestanden werden. Oft machen sich Ängste an Themen wie Arbeitslosigkeit und ihrer existenziellen Verunsicherung fest. Die Religionen haben zwar kaum Einfluss auf den Arbeitsmarkt, doch sie können sich als Anwälte derer verstehen, die sich als politisch sprachlos verstehen. Zudem können und sollen sie die Arbeitslosen in ihrer Lebenskrise begleiten und sinnstiftende Aufgaben anbieten, die Langzeitarbeitslosigkeit vor einem Persönlichkeitsverfall bewahren.

3. Ängste bei Juden in Deutschland

Auch wer den Holocaust und seine furchtbaren Folgen nicht selbst miterlebt hat, hat vom Umfeld das Langzeitgedächtnis übernommen, das ihn hellwach macht gegenüber jeder antisemitischen Geste, gegenüber jedem Ausdruck angemessener Siegerkultur, gegenüber jedem religiösen Überlegenheitsanspruch und gegenüber jeder Form menschlichen Abwendens.

Das Nie-Wieder einer Ergebenheit in ein von Menschen zu verantwortendes Schicksal legt sehr früh bei entsprechenden Anlässen die Frage nahe: Ist das der Anfang, der Widerstand gebietet und wann könnte es zu spät sein?

Diese Ängste werden geteilt von den Zugewanderten, die bis zu ihrer Flucht verfolgt waren und nun erleben, dass sie in der neuen Heimat auch als vermeintliche ‚Russen‘ kultureller und ethnischer Nichtachtung ausgesetzt sind. Hinzu kommen manche Urteile, die von moralischen Feldherrenhügeln herab über Vorgänge im Nahen Osten gefällt werden und mehr parteiische Ab- und Ausgrenzungsinteressen als Bemühen um Problemlösungen verraten.

Hinzu kommen christliche Tendenzen, Juden religiös zu enterben, indem sie so tun, als seien sie die besseren Anwälte biblischer Botschaft

4. Ängste bei Muslimen

Muslime befürchten oftmals,
 dass sie in die Ecke der Fanatiker und Extremisten gerückt werden,
 dass über sie und nicht mit ihnen gesprochen wird,
 dass sie als Muslime nicht gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf bekommen,
 dass sie politisiert werden und als Bürger dieses Landes oder als Zuwanderer nicht ernst genommen werden,
 dass ihre Kinder dem Islam entfremdet werden,
 dass allein auf den Rücken der Muslime eine Stellvertreterdiskussion ausgetragen wird, wie viel Religion unsere Gesellschaft verträgt,
 dass die Medien und Politiker ein bedrohliches und voreingenommenes Islambild zeichnen und dieses Bild der Angst instrumentalisieren und
 dass christliche Gruppierungen die Muslime missionieren, oder als Konkurrenz, nicht aber als Partner im Glauben sehen.

Angesichts dieser Ängste ist es gut, dass religiöse Gemeinschaften Zentren der Ersatzintegration werden. Sie sind Sprachraum der Selbstvergewisserung, leisten als Schonraum für verunsicherte Identitäten wichtige Integrationshilfen, werden zum Heimatersatz und zum Raum der Geborgenheit für sozial Isolierte und bilden Orte der Erholung von kultureller Demütigung.

5. Ängste bei Christen

Christen befürchten, dass sich die bewährte, weltanschauliche Neutralität des deutschen Staates von einer bisher kooperativen zu einer mehr distanzierten verwandelt.

Ferner befürchten sie, dass historisch begründete Vorrechte eingeebnet werden, weil auch andere - zum Beispiel Moscheegemeinden - vergleichbare Ansprüche erheben.

Mit Sorge erfüllt sie, dass die christlichen Wurzeln Europas an Relevanz verlieren.

Viele werden angesichts so mancher Dialogruine müde, die Beziehungsarbeit fortzusetzen.

Sie wissen, dass die Gesellschaft wenig bis nichts mehr von denen erwartet, die gegeneinander glauben.

Sie befürchten, dass religiöse Bekenntnisse zu einem Esperanto-Glauben verschmelzen.

Sie befürchten, dass schmerzlich gesammelte Erfahrungen, zum Beispiel in blutigen Religionskriegen oder im Rassenwahn des Dritten Reiches, von den zugewanderten Religionen kaum wahrgenommen oder als zu gering eingeschätzt werden, wenn diese sich unkritisch mit Ethnien, Nationalismen, kulturellen Traditionen oder gar Ideologien verbünden. Besondere Ängste schürt die moralische Verachtung mancher Mitglieder dieser zugewanderten Religionen gegenüber einer säkularisierten Gesellschaft und ihren Humanisierungsimpulsen.

Ängste empfinden auch fremdsprachige christliche Gemeinden, wenn ihr Frömmigkeitsstil als fremdartig belächelt, wenn sie sich gegenüber den finanzstärkeren Kirchen unterlegen fühlen, wenn sie europäische Organisationsstrukturen übernehmen sollen, wenn Gottesdienste in ihrer Muttersprache auf Misstrauen stoßen und wenn ihre Seelsorge angesichts aufenthaltsrechtlicher Probleme wenig Resonanz findet.

6. Ängste bei religiös nicht gebundenen Menschen

Auch in der religiös distanzierten Gesellschaft gibt es Befürchtungen, etwa die, dass die eigene Heimat fremd wird, weil ethnisch verdichtete ‚Parallelgesellschaften‘ entstehen.

Eine erhebliche Rolle spielt auch die Furcht, im Wettbewerb um Arbeitsplätze der Konkurrenz mit anderen Ethnien ausgesetzt zu werden.

Verbreitet ist zudem der Verdacht, dass manches Bekenntnis zur Demokratie nur taktisch motiviert ist.

Hinzu kommt die Beobachtung, dass im Schutz von Religionsfreiheit fremde Konflikte importiert und manchmal sogar mit identitätsbildender Schärfe zugespitzt werden.

Ängste bereiten auch Berichte, dass zugewanderte Jugendliche die Kriminalisierung des Stadtklimas steigern.

Wenn religiöse Überzeugungen zur Waffe im Meinungsstreit werden, dann werden fremde Religionen mehr Integrationsblockaden als Integrationsbrücken.

Sie legitimieren dann Lern- und Integrationsverweigerungen und schwächen mit Ab- und Ausgrenzungsidentitäten die Bindekraft der Demokratie.

Unbehagen schafft auch die Vorstellung, dass eingewanderte Kulturen den Prozess aufhalten, patriarchalische Rollenverhältnisse zu überwinden.

7. Gemeinsame Ängste der Gesellschaft

Gemeinsam fürchten sich alle vor denen,
die zu vereinfachenden Feindbildern greifen, in den Gegensätzen von gut und böse denken und glauben, die Welt sei wieder heil, wenn es „das personifizierte Böse“ nicht mehr gibt,

die mit Kulturkonflikten so unsensibel umgehen, als wollten sie ein Minenfeld umpflügen,

die mit vermeintlich religiös sanktionierter Gewalt Rache nehmen wollen, die den Umgang mit den Wunden der Religionsgeschichte den Demagogen überlassen,

die zwar Terror ablehnen, doch religiösem Hass Nährboden liefern,

die einen kränkenden Überlegenheitsanspruch aufrecht halten,

die die Folgen religiös-kultureller Dominanz übersehen und

die Konflikte missbrauchen, um Terror zu legitimieren.

Zugleich teilen sie mit den Religionsgemeinschaften die Furcht vor

ansteckendem Werteverfall, pauschalem Terrorismusverdacht, wachsendem Assimilierungsdruck, ehrverletzenden Motivunterstellungen, Dialogen mit kulturellem Machtgefälle, geostrategischer Rivalität der Kulturen, Rangordnungen mit abgestufter kultureller Wertigkeit, vor Schulen, die mehr aussondern als fördern, und vor dem Wegschmelzen der Freiheit, angstfrei anders zu sein.

8. Angst als Thema der Politik

Politik im Neuland der Kulturkonflikte hat mehr und mehr damit zu tun, Zukunftsängste aufzulösen. Doch sie trägt zu Ängsten bei, wenn sie sich darauf beschränkt, nur die Befindlichkeit des eigenen Hinterlandes zu bedienen und dort Ängste abzubauen, indem sie ein hohes Maß an Entschlossenheit demonstriert und auf Angstthemen mit hastigen Sofortmaßnahmen überreagiert.

Das wirkt, als ob auf Gesinnungsfragen mit Machtentfaltung geantwortet werden sollte, was bereits in der Weltpolitik keineswegs ideologische Lockerungen auslöst. Im Gegenteil: Das schafft Solidarierungen, die den notwendigen Prozess interner Reformversuche blockieren. Druck von außen schafft allenfalls defensive Anpassung und führt zu einem Lernen ohne Einsicht.

Themen wie Kopftuch, betäubungsloses Schächten, Religionsunterricht und die Politisierung der König Fahd Akademie in Bonn können von allen Seiten intelligenter, weniger kränkend und wirkungsvoller behandelt werden. So aber wird es bisweilen schwer, es als religiöse Pflicht zu verstehen, beim Aufbau und der Verteidigung demokratischer Gesellschaften zu helfen.

Religionspolitik bewegt sich im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit. Dabei hat der Verfassungsschutz ein unverzichtbares analytisches Mandat. Doch dürfen seine Analysen nicht die Grenzen politischer Gestaltung markieren. Wenn er vermeintlich religiöse Problemgruppen entdeckt, dann kann das nicht bedeuten, den Dialog mit ihnen abzubrechen, sondern es muss bedeuten, sie in den Dialog einzubeziehen, anstatt sie zu isolieren.

Angst vor Verlust an Sicherheit entsteht nicht nur durch Populisten und Demagogen, sondern auch durch eine - oft von den Medien noch dramatisierte -

undifferenzierte Kriminalstatistik. Diese schürt Ängste vor Zuwanderern, wenn ausländerrechtliche Kleindelikte einbezogen werden oder wenn mit falschen Beziehungsgrößen gearbeitet wird und zum Beispiel Straftaten von jugendlichen Zuwanderern mit denen der gesamten Bevölkerung und nicht mit denen Jugendlicher ähnlicher sozialer Schichten verglichen wird.

9. Was ist zu tun?

Auf Ängste können und sollen die Religionsgemeinschaften antworten, indem sie

- kollektive Abschottungen vermeiden,
- erfahrene Migranten als Integrationslotsen einsetzen,
- den Eltern helfen, besonnen auf die verschärften Generationenkonflikte zu reagieren, so dass familiäre Kommunikationsfäden nicht reißen,
- Selbst- und Fremdbilder in Religionsbüchern gemeinsam überprüfen,
- angsterzeugendes Scheitern vermeiden helfen, das von Sprachdefiziten im Kindergarten über das Scheitern in der Schule bis zum beruflichen Versagen reicht,
- Angst mindern durch ein wirklichkeitsnäheres Bild von Migranten,
- fremdenfeindliche Unworte auflisten, Sprache entfeinden und entgiften, "bewohnbare Sprache" (H. Böll) entwickeln, zur Sprachhygiene beitragen und Fremdbildern Herberge geben,
- gemeinsam an der religiösen Toleranzgeschichte anknüpfen,
- Störgefühle gegen Distanzvokabeln und gegen begriffliche Festungen entwickeln,
- eine alternative Religionskunde entwickeln, die mehr ist als Unterscheidungslehre, weil sie andere Religionen auch mit ihren Stärken beschreibt.

Gefragt sind also Partner, die zur Sicht des Ganzen einladen, ohne sich gegenseitig zu vereinnahmen. Solche Partner überwinden die Selbstisolierung der Rechthaber und finden sich nicht mit kleinlichen Horizonten der Abgrenzungsidentitäten ab.

Dabei könnten die Religionen die revolutionäre Kraft gelungener Beispiele nutzen, positive Leitbilder zeichnen, Zukunft mit Visionen besetzen, ihnen Möglichkeitsräume geben, Strukturen öffnen, Bündnisse für die Zukunft anregen, Neugier auf gemeinsame Zukunft wecken, Offenheit für fremde Kulturen schaffen und einen Glauben jenseits von Optimismus und Pessimismus leben. Ziele motivieren mehr als Schrecken, Zugewinn an Lebensqualität

motiviert mehr als Weltverdruss. Mut und Lust auf Zukunft motivieren stärker als vermeintlich kluger Pessimismus.

In naher Zukunft werden wir uns darüber zu verständigen haben, was es im Stadtteil und nahen Wohnumfeld bedeutet, dass sich der Glaube mit einer instrumentalisierten Angst nicht abfindet.

II. Lernbereitschaft – das Tor zur Zukunft

1. Zur Lage der Erziehung

Einst konnten auch ungelernete ‚Gastarbeiter‘ in Deutschland gutes Geld verdienen – als Bergleute, am Fließband oder in Pflegediensten. Doch dieses Deutschland gibt es nicht mehr. Der Arbeitsmarkt steht künftig nur noch denen offen, die in eigene Bildung investiert haben.

Die wichtigsten Motive zum Lernen und zur Bildung entstehen im Elternhaus. Sie werden gestützt von Schulen und Ausbildungsbetrieben. Wenn jedoch Schulen mehr aussondern als fördern, wenn Eltern ihre Erziehung dem Fernsehen überlassen und Migrantenkinder überfordert werden, dann können die Religionen zu Lernoffenheit und Lernfreude statt Lernverweigerung motivieren. Notwendig ist eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft von Elternhäusern, öffentlichen und privaten Schulen und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen den Dialog lernender Eltern, lernender Religionen und lernender Politik in einer technisch-medialen Gesellschaft.

Für eine lernoffene Identität könnten die Religionen starke Motive haben, denn sie wissen, dass der Mensch als Kalif, also Statthalter, bzw. Ebenbild Gottes geschaffen ist und ein mit Würde beschenktes Wesen ist. Er sollte auch und gerade bildungsmäßig in die Lage versetzt werden, dass er die Bestimmung seiner Subjektrolle auch würdig leben kann.

Der Staat will den Bürgern nicht die Letztverantwortung nehmen, sondern kann nur Rahmenbedingungen für eine gute Bildung und Erziehung schaffen, die wiederum vom Einzelnen angenommen und mit Leben gefüllt werden müssen. Wenn also der Staat Bildungsangebote macht, dann bedeuten sie nicht, für den Staat lernen zu sollen.

Interkulturelles Lernen kann in jedem Unterrichtsfach stattfinden, denn überall ist der eigenen Biographie mit Respekt zu begegnen und das ist ein durchgängiger und kein beliebiger pädagogischer Ansatz.

Zu einem guten Bildungs- und Erziehungsklima gehört gegenseitige kulturelle Offenheit. Dazu gehört ferner, nicht zu einer Weltanschauungs-, sondern zu einer Wertegemeinschaft zu erziehen. Sie bedeutet auch, bei der Auswahl schulischer Lehrmittel die ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft zu berücksichtigen.

Dazu ein Beispiel: Ein Türke lernt, stolz darauf zu sein, dass er ein Türke ist. Dieser Stolz kann manches an Demütigung in der Fremde kompensieren. Doch wenn er lernt, dass die deutsche Geschichte vor allem eine Katastrophengeschichte ist, dann wird in ihm ein Widerstand dagegen aufgebaut, sich in ein Katastrophenland zu integrieren.

2. Zur Lernkultur

Doch das Lernen besteht nicht nur aus Auswendig-Lernen, nicht aus dem Sammeln nützlichen Wissens und nicht nur aus einer orientierungslosen Suchkompetenz des Computer-Menschen. Das Lernen bedeutet auch und vor allem, Informationen zu gewichten, vom Andern her zu denken und in Zusammenhängen zu denken.

Religionen können nicht nur zum Lernen motivieren, sondern es auch behindern, wenn sie die Lernverweigerung vermeintlicher Siegerkulturen verfestigen, wenn sie Gefühle von Unterlegenheit und kollektiver Demütigung mit religiös-moralischer Überlegenheit kompensieren, wenn sie mehr Identitätswächter sind, statt Integrationsbrücken zu bauen, und wenn ihr Interesse an Unterscheidungslehren größer ist als das an Gemeinsamkeiten.

Zu entwickeln wäre eine Theologie der Integration. Wer nach der jüdisch-christlichen Tradition nicht vom gleichberechtigten Zusammenleben (Theologie der Konvivenz) ausgeht, sondern vom schutzbedürftigen 'Fremdling, der in deinen Toren ist', der verkennt, dass diejenigen, die Fremde waren, keine bleiben wollen.

Auch im Islam ist noch eine Theologie der Integration zu entwickeln, denn

der Islam des Propheten und der ersten vier Kalifen hatte in der islamischen Urgemeinschaft vor allem mit dem Umgang der islamischen Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten zu tun. Heute geht es um die Integration von Minderheiten in eine säkularisierte Mehrheitsgesellschaft und das hat durchaus mit Bildungs- und Erziehungszielen zu tun. Doch wenn der Koran zu Beginn das Lesen gegen die Unwissenheit setzt und am Ende Islam mit Frieden identifiziert, dann ist damit eine theologische Perspektive für eine bildungsmäßige Integrationsbereitschaft angedeutet.

Zur Wirklichkeit in allen Religionen gehört, dass religiöse Menschen sehr stark auf die eigene Glaubensfamilie bezogen sind und individuelles Lernen bedeuten würde, sich von der Bezugsgruppe einen Schritt weit zu entfernen und in den Verdacht zu geraten, aus der Solidarität der Glaubenden herauszufallen. Doch kollektives Lernen geschieht erheblich langsamer, weil in religiösen Kleingruppen stets die engeren Wächter der Rechtgläubigkeit das Sagen haben.

Hinzu kommt, dass Gruppen in allen Religionsgemeinschaften ein starkes Interesse an einem ausgeprägten Wir-Gefühl haben. Dieses Gefühl lässt sich steigern, indem man die Außenwelt grau in grau malt, so dass sich das eigene Gutsein hell vor diesem dunklen Hintergrund abhebt. Auch das begrenzt die Lernfähigkeit.

Oft wird Gott zu einem Erziehungshelfer degradiert, der die Menschen schuf, um gehorsame und unterwürfige Knechte und nicht mündige Partner zu haben. So wird der unendlich allmächtige Gott auf einen rechthaberischen Gehorsamswächter verkleinert.

3. Bildungsziele

Was Bildung ist, hat auch die säkularisierte Gesellschaft neu zu buchstabieren. Wenn der Religionsphilosoph Martin Buber als religiöses Merkmal beschreibt, vom Du her zu leben, dann wendet sich dieser Impuls auch gegen das einlinige, zweck- und effizienzorientierte Schalthebel-Denken des Mechanikers. Angesagt ist das umsichtig pflegende Denken des Gärtners, der die Gesamtbedingungen bedenkt und optimiert.

In Zeiten, in denen Wissen unbeschränkt verfügbar ist, muss der Lernende üben, im Meer der Informationen zu schwimmen, ohne zu ertrinken. Er muss sich in der Uferlosigkeit orientieren, braucht also Orientierungswissen, ferner Risikowissen, ein Gefühl für kumulative Prozesse und muss sich darauf

vorbereiten, im Leben mehr zu verantworten, als in den Fern- und Streuwirkungen zu überblicken ist.

Außerdem geht es darum, Wissen so weiterzugeben, dass es anschlussfähig wird und sich auch in andere Kulturen einknüpfen lässt. Was hingegen völlig fremd ist, nimmt das Verknüpfungslernen nicht an, weil es nur akzeptiert, was sich mit bereits Bekanntem verbinden lässt.

Wir brauchen eine Debatte über den Umgang mit kultureller Verwundbarkeit, und wie mit der Spannung zwischen erwünschter Integration und zugemuteter Assimilation umzugehen ist.

4. Bildungs- und Erziehungspartnerschaften

Es gibt bei Elternhäusern, öffentlichen Schulen und Glaubensgemeinschaften unterschiedliche Erziehungsstile, die dann für Kinder besonders belastend sind, wenn die Gegensätze auf ihrem Rücken ausgetragen werden und wenn gegeneinander erzogen wird.

So erziehen die einen vor allem auf Gehorsamsleistungen hin. Andere bereiten lieber auf mündige Verantwortlichkeit auch ohne Kontrollen vor. Vor allem mit zunehmendem Alter ziehen sie der Anweisung die Beratung vor und dem Gehorsam die mündige Auseinandersetzung mit dem, was die konkrete Situation erfordert.

Auch die Religionspädagogik folgt unterschiedlichen Leitbildern. Die einen üben ein, verantwortlich vor Gott und Menschen zu entscheiden, was in der jeweiligen Situation geboten ist. Andere bevorzugen den Gehorsam gegenüber der Tradition, nehmen allerdings in Kauf, dass sich statt religiöser Grundbindung der Zweifel meldet, den Glauben in der Moderne leben zu können.

Die Kinder solch gegensätzlichen Erziehungsstilen auszusetzen, sollte unbedingt vermieden werden. Zumindest sollten die Verantwortlichen im – notfalls strittigen - Dialog so weit kommen, dass sie nicht gegeneinander erziehen und damit Verweigerungen gegen die Teilnahme an schulischen Sonderveranstaltungen auslösen. Deshalb liegt es im Interesse aller, dass sich im Umfeld der Schulen Bildungs- und Erziehungspartnerschaften von Eltern, Schulen und Glaubensgemeinschaften bilden, die einen schonenden Ausgleich auch in Konflikten aus religiösen Grundüberzeugungen suchen. Sie können auch

zur Plattform für eine Debatte über Wertentscheidungen werden, von denen schulische Pädagogik ausgeht.

Das liegt schon deshalb nahe, weil Bildung, so ein kirchliches Votum, „ein Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertbewusstsein, Haltungen und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen des Lebens ist.“ Es wäre also falsch, den Eltern ein Erziehungs-, den Religionsgemeinschaften ein Weltbild- und den Schulen ein Bildungsmonopol zu geben, denn Bildung und Erziehung sind ganzheitliche Vorgänge mit Wechselwirkung.

Insbesondere ist auf Dialogfähigkeit hin zu erziehen. Nur so werden Menschen fähig, den im Grundgesetz gemeinten Pluralismus der Gesellschaft zu leben. So gibt es in den Niederlanden und auch hier das Beispiel für Religionsunterricht, bei dem zunächst die Kinder gemeinsam ein Thema definieren, dann getrennt in religiöser Unterweisung Antworten versuchen und diese dann in einer dritten Phase gegenseitig austauschen. Das verwischt nicht, sondern schärft religiöse Profile und unterstützt mit religiösen Impulsen eine Gesellschaft, in der man angstfrei anders sein darf. Eine andere Methode wäre ein Unterricht mit ergänzenden Veranstaltungen durch Vereine, offene Jugendarbeit und christliche, jüdische und muslimische Gemeinden.

Kinder werden nicht Menschen, sondern sind Menschen, sie sind kein Besitz, sondern ein Geschenk und sie haben als Geschöpfe nicht mindere Würde als Erwachsene. Das kann und muss eine am Glauben orientierte Erziehung prägen.

III. Grundannahmen über das Wesen des Menschen

1. Fragen über Fragen

Integration beinhaltet ausländerrechtliche, ordnungspolitische, verwaltungstechnische, kommunalpolitische und ökonomische Aspekte. Darüber hinaus für den, der das Problem hinter den Detailproblemen aufspüren will, eine anthropologische Dimension. So fragen die Religionen:

Kommt auch den Migranten die Würde zu, Statthalter (Kalifen) und Ebenbilder Gottes zu sein, oder haben sie sich zu entschuldigen, dass es sie gibt?

Sind Migranten Wesen mit einem menschlichen Antlitz, oder nur eine aufenthaltsrechtliche Kategorie?

Haben sie sich zu geschichtslosen Wesen zu machen, weil ihr mitgebrachtes Gestern angeblich nur Ballast ist?

Sind sie nachrangige Kulturträger oder Vermittler kultureller Vielfalt?

Sind sie Schachsteine im ökonomischen Spiel oder Subjekte eigener Geschichte?

Entsteht Identität nur im Gegensatz von Freund und Feind oder auch durch eine Pro-Existenz?

Lebt Integration vom Geld allein, oder ist sie durch eine gegenseitige Anerkennungskultur zu humanisieren?

Gelingt Integration als angstbesetzter Prozess oder nur über Vertrauensbrücken?

Gibt es einen religiösen Leitbegriff für die Integrationspolitik?

2. Klopffzeichen des Humanum

sind die Impulse zur Nächstenliebe, die sich auch in Beweisen der Solidarität und Formen der Humanisierung von Strukturen wiederfinden.

Nächstenliebe hat also nicht nur mit Emotionen oder herabneigender Barmherzigkeit zu tun. Sie achtet die Würde des Menschen und schafft Störgefühle dort, wo sie gefährdet ist.

Sie gibt Raum für die Freiheit des Werdens und nimmt sich zurück, wo die Geste der Hilfe die Selbstachtung zerstört. Sie meidet jede Art kultureller Kolonisierung, deren Wirkung einst der afrikanische Dichter und Staatsmann Rabemananjara mit den Worten beklagte: "In uns leben mit der ganzen Kraft ihrer Persönlichkeit andere Menschen als wir selbst."

Nächstenliebe lädt ein,

- angstfrei anders zu sein,
- inklusiv statt exklusiv zu denken,
- den aufrechten Gang zu ermöglichen,
- Integration als Suchwort zu verstehen,

- verdächtigungsfrei auf andere zuzugehen,
- der Selbstisolierung der Rechthaber zu entfliehen,
- konstruktiv mit Meinungsgegensätzen umzugehen,
- Zeichen einer gegenseitigen Anerkennungskultur zu entwickeln,
- gemeinsam im Gehen die Weglosigkeit in die Zukunft zu überwinden,
- auch Fragen zuzulassen, auf die es noch keine Antworten gibt,
- Schweigezonen zu benennen, bevor sie das Klima vergiften,
- die Wagenburg der Rechtfertigungsargumente zu verlassen,
- behutsam mit kultureller Verwundbarkeit umzugehen,
- Stärken und nicht nur Schwächen wahr zu nehmen,
- auch Migranten zu akzeptieren, die nach einem polnischen Sprichwort ‚zwar barfuss kommen, aber mit Sporen‘.

Eine solche Integrationspolitik ist nicht defensiv, von ordnungspolitischem Denken dominiert, auf Spracherwerb reduziert, verordnet, verwaltet oder mit Hilfen erkauft.

Sie braucht Ereignisse, ein Gesicht, den fröhlichen Sisyphos, ein aufsuchendes Programm, Annäherung ohne Selbstaufgabe, das Ende der Ihr-Wir-Debatten, die Würde der eigenen Tat und die Feier gelingender Integration.

Sie findet sich nicht mit dem Schwebезustand einer Teilintegration ab und bewahrt vor der Falle einer Rückzugsidentität. Sie lässt Wertekonflikte in den Erziehungsstilen nicht auf dem Rücken der Kinder austragen. Sie sucht den verdächtigungsfreien Dialog und schafft den Freiraum, angstfrei anders sein zu dürfen.

3. Inseln des Verstehens

Nächstenliebe ist nicht immer harmonistisch, doch so, dass unnötig eskalierende Konflikte vermieden werden. Vielleicht verfügen die drei abrahamitischen Religionen über mehr Inseln des Verstehens und über mehr menschenkundliche Richtungsimpulse für die Integrationspolitik, als sie ahnen.

a. Dazu könnte zum Beispiel das Bildverbot gehören, das für jüdischen, christlichen und islamischen Glauben einen zentralen Stellenwert hat. Mit diesem Bildverbot antwortete einst der Glaube auf antike Potentaten, die in entlegenen Regionen Stand- und Ebenbilder als Zeichen eines gottgewollten Herrschaftsanspruches errichteten. Dagegen setzt der Glaube die revolutionäre

These: Nicht nur gottähnliche Herrscher, sondern alle Menschen besitzen die Würde, ein Ebenbild, Kalif und Statthalter Gottes zu sein.

Das Bildverbot meint, dass sich die Größe Gottes nicht in Weltbilder und nicht in Lehr- und Theoriegebäude, nicht in menschliche Gehirne und nicht in Gesellschaftsordnungen einfangen lässt. Gott lässt sich nicht festlegen und verfügbar machen. Bilder von Gott sind zudem oft Wunschbilder, denen man göttliche Autorität leiht und so Gott zum Komplizen der eigenen Taten macht.

Das Bildverbot lässt ferner nicht zu, Gott zum Anwalt für Lern- und Integrationsverweigerung zu machen, weil er angeblich einen kulturell geprägten Glauben bevorzugt, also ein Kulturgott ist und Auftraggeber für einen ethnozentrischen Durchsetzungsglauben.

Wem das Bildverbot Absolutheitsansprüche und Wahrheitsmonopole aus der Hand nimmt, der begegnet Migranten mit einem anderen Blick - nicht mit dem bewertenden, abschätzenden, begutachtenden, entwürdigenden und unbeseelten Blick, der auf Migranten kränkend wirkt, sondern mit dem bejahenden, Werte erkennenden, Würde aufspürenden und Beziehung aufnehmenden Blick. Er verrät dann nicht mehr ein oberflächlich-kalt vermessendes, mit sich selbst vergleichendes und Beziehung beendendes Interesse. Das Bildverbot schenkt dem Menschen eine offene Identität und die äußert sich im zugewandten Blick, der dem Gegenüber beim Ansehen Ansehen schenkt.

b. Der Mensch ist weder Religionen noch Ideen oder Ideologien untertan. Seine Würde ist nicht auf dem Altar höherer Zwecke zu opfern, nicht dem Rassenwahn, nicht dem geostrategischen Kampf der Kulturen und nicht dem Abschreckungsverhalten derer, die die Sogwirkung Deutschlands auf Flüchtlinge und andere Migranten eindämmen wollen. Es wird auch niemand die Zukunft seiner Kinder opfern dürfen durch eine Lernverweigerung, die sich auf Rechtgläubigkeit beruft.

c. Zu den relevanten Überlieferungen gehört auch die von Babels kultureller Einfalt. In dieser frühgeschichtlichen Metropole war alles auf den hohen, stufenförmigen Turm zentriert. Er war sichtbares Zeichen geistiger, politischer und wirtschaftlicher Macht. Der Turm diente auch der geometrischen Orientierung beim Bau von Kanälen und Bewässerungsanlagen, war Schutzmauer und - wie im Aztekenreich oder bei den ägyptischen Pyramiden - Höhenheiligtum für Gipfelgötter.

Dagegen setzten die Juden im Exil ihren Glauben: Nicht dieses Türmchen macht aus der Vielfalt Einheit, sondern unser Gott, der einst schöpferisch ordnend mit dem Urchaos umging, indem er Himmel und Erde, Wasser und Land, Tag und Nacht geschieden und zugeordnet hat. Dagegen sind die Größenwahnsinnigen von Babel keine ordnenden Götter, sondern auch die Herrschenden verdanken ihr Leben der ordnenden Schöpferhand eines Gottes, der sich den Gefangenen, Geknechteten und den um ihre Subjektrolle Betrogenen zuwendet.

Diese und andere Berichte befassen sich erzählend mit der Frage nach dem Wesen des Menschen und erreichen eine Tiefendimension, die für die Integrationsdebatte durchaus relevant gemacht werden kann.

4. Was also ist der Mensch?

Im Koran und in der Bibel wird er als ein Wesen verstanden, das seine Würde darin hat, dass er von Gott angeredet, von Gott gemeint und ihm zugeordnet ist. Folglich lebt und definiert er sich vom Du her und findet im Du das, was ihn zum Ich macht.

Der Beirat konnte sich darauf verständigen, was der Mensch nicht ist, nämlich kein wurzelloser Baum und kein bloßes Objekt, das in vorgeschriebener Rolle zu funktionieren hat. Er ist kein austauschbares Maschinenteil, kein Störfaktor in Verwaltungsabläufen und wird nicht auf Interessen beschränkt, die sich zählen, messen, wiegen und in Geld bewerten lassen. Dieses Bild vom Menschen lässt nicht zu, ihn seiner Einzigartigkeit und Individualität zu berauben, oder sein Bewusstsein mit den Mitteln religiöser Angst zu manipulieren.

Wenn es also den Religionen gelingt, besser und positiv zu formulieren, was der Mensch ist, werden sie den Blick für das Problem hinter den Problemen schärfen. Dann können sie der Integrationsdebatte zu einem Tiefgang verhelfen, der leichtfertige Fehlannahmen vermeiden hilft.

IV. Runde Tische mit Vertretern der Religionen in den Städten und Gemeinden

1. Zum Selbstverständnis

Runde Tische sind Arbeits- und Lerngemeinschaften derer, die weder ihr religiöses und kulturelles Profil einebnen, noch sich gegenseitig ein Bekehrungslernen zumuten.

Die Teilnehmer sind offen für das Mittun aller Bürger, denn sie vertreten Religionsgemeinschaften nur informell.

Sie wollen untereinander und in der Gesellschaft Konflikte nicht wegharmonisieren, wohl aber destruktive Energien in produktive umwandeln.

Sie sind ein Übungsfeld für den Perspektivenwechsel, der es ermöglicht, auch vom anderen her zu denken.

Zu ihrer Dialogkultur gehört, Meinungsgegner nicht moralisch zu diffamieren, sondern den Wahrheitskern ihrer Position zu begreifen und sie dabei besser zu verstehen suchen, als sie sich vielleicht selbst verständlich machen können.

Zu den Dialogregeln gehört zudem,

- achtsam mit Minderheiten umzugehen.
- Runde Tische nicht zu Tribunalen gegen Dritte zu machen.
- Teilnehmer nicht in argumentative Sieger und Besiegte aufzuteilen.
- Bündnispartner zu suchen, statt gegen andere Recht haben zu wollen.
- die Aufgabe des Maklers der moralischen Schiedsrichterrolle vorzuziehen.
- Einzelprobleme an Beauftragte delegieren, um sich auf Grundfragen konzentrieren zu können
- davon auszugehen, dass der andere meint, was er sagt.

Runde Tische mit Vertretern der Religionen haben offiziellen Charakter, wenn die Teilnehmer jeweils entsendet wurden. Um komplizierte Abstimmungsprozesse zu vermeiden, bietet sich jedoch eher ein weniger offizieller Status an, zumal die Runden Tische ungelöste Aufgaben des Gemeinwohls aufgreifen, ohne jeweils Lehrfragen zu thematisieren. Natürlich geht es stets auch um Grundwerte, doch in konkretisierter und auf Stadtteilprobleme bezogener Form.

Als Arbeitsgemeinschaft oder als Rat der Religionen können sie nachhaltig Impulse für eine Stadtteilkultur ausstrahlen, Visionen für Stadtteile entwickeln und interkulturelle Grenzgänger ermutigen, wenn sie eine Anerkennungskultur entwickeln und sich zudem mit Hilfe von Ehrenamtlichen einen Verwaltungskern geben, der sie befähigt, Beschlüsse auch umzusetzen. Sie können mit seismographischer Wachheit des Glaubens Krisen vorwegnehmen

und dazu beitragen, dass es nicht zu chronischen Fünf-Nach-Zwölf-Reaktionen kommt.

Sie können helfen, die Selbstisolierung der Rechthaber zu überwinden, Sprache zu entfeinden, gemeinsame Lösungskompetenz zu entwickeln, mit Interessengegensätzen konstruktiv umzugehen, ein Klima des verdächtigungsfreien Dialogs zu schaffen, eindimensionale Standortdebatten in ganzheitliche Zukunftsdebatte umzuwandeln und die Chancenlosigkeit monologischer Zukunftsentwürfe zu überwinden.

Gleichwohl besteht die Gefahr, dass Politiker Erfahrungen mit Bürgerinitiativen übertragen, bei denen sie einst befürchteten, sie wollten als 'selbsternannte Anwälte des Gemeinwohls' den gewählten Mandatsträgern die Zukunftskompetenz absprechen und den Parteien die Vermittlung zwischen Staat und Volk streitig machen könnten.

Doch ein Engagement der Bürger ist Voraussetzung dafür, dass die Stadtgesellschaft nicht einer Fußballmannschaft gleicht, die nur aus Schiedsrichtern bestehen. Die Stadt braucht Bürger, die tief sitzende Feindbilder auflösen, die ermutigen, Stadtverdrossenheit und Teilnahmslosigkeit zu überwinden und dazu anstiften, mehr zum Werkzeug- statt zum Verbandskasten zu greifen.

Wenn jedoch im Bewusstsein moralischer Überlegenheit an Runden Tischen so getan wird, als hätten Politik und Verwaltungen versagt, dann fallen Türen ins Schloss, die um der Sache willen offen bleiben müssten.

Es gibt auch die Erfahrung, dass hochmotivierte Gruppen befürchten, dass aus konstruktiven Kompromissen komplizenhafte werden. Auch wenn sie keine Gegengesellschaft sein wollen, suchen viele für ihre Selbsterfahrung den Streit mit Identität bildender Schärfe und befürchten, dass Ziele verwässert, Mitläuferethik aufdrängt und dass ein Konsens gefordert wird, bei dem fremde Interessen dominieren.

Doch eine Arbeitsgemeinschaft der Religionen sollte auf moralischen Rigorismus verzichten und gemeinwohlernahe Interessen nicht abwerten. Sie sollten eine Stachel- und nicht eine Stichelfunktion wahrnehmen, nicht Stellungskriege führen, sondern Weggemeinschaften bilden, Mut zur Zukunft vermitteln und sie wieder zu einem jugendpolitischen Faktor machen.

Zudem sind am Runden Tisch Anwälte für die nötig, die sich noch nicht selbst organisieren können: die nächste und übernächste Generation, die Vertreter fremder Kulturen und die Globalisierungsverlierer.

2. Angebote an die Kommunalpolitik

Kommunale Arbeitsgemeinschaften der Religionen sind Dienstleister und kein Ersatzparlament, denn sie wollen nicht Politik machen, wohl aber Politik möglicher machen.

Sie sind Plattformen im zivilgesellschaftlichen Raum, die politische Zuspitzungen vermeiden und helfen, dass wichtige Themen nicht zwischen Interessenfronten liegen bleiben.

Sie sind nicht Lobbyisten von Sonderinteressen, sondern üben die Perspektive des Ganzen ein und sind dem Gemeinwohl und der Stadtteilkultur verpflichtet.

- Sie schaffen Aufgabenbörsen für Ehrenamtliche, die bei kommunalen Konflikten mit interkultureller Sensibilität vermitteln.
- Sie schaffen ein Eltern-freundliches Umfeld.
- Sie stärken die Bildungs- und Ausbildungsmotive.
- Sie fördern die Integrationswirkung der Schulen.
- Sie helfen bei Streitschlichtungen im Wohnumfeld und in den Schulen.
- Sie helfen, familienpolitische Leitlinien zu entwickeln.
- Sie regen Nachbarschafts- und Altenhilfen an.
- Sie gestalten jährliche Neubürgertreffen mit.
- Sie sorgen für kultursensible Seniorenprojekte in Stadtteilen.
- Sie ermöglichen stadtteilbezogene Umweltinitiativen.
- Sie verbessern das Stadtteilimage.
- Sie werben für ehrenamtliche Tätigkeit etwa im ethnisch gemischten Sport, im Schulumfeld oder in der Feuerwehr.
- Sie vermitteln im Konflikt gegensätzlicher Erziehungsstile in Elternhäusern, öffentlichen Schulen und islamischen, baptistischen oder mennonitischen Gemeinden, die nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden sollen.
- Sie regen Jugendwerkstätten an, in denen Ehrenamtliche eine Etappenausbildung für jugendliche Langzeitflüchtlinge betreiben und zugleich Jugendtreffs errichten.
- Sie organisieren einen Erfahrungsaustausch über den Umgang mit Problemen wie häusliche Gewalt, Suchtgefahren und Zwangsverheiratung.

3. Arbeitsschritte

Zu entwickeln sind:

lokale Kommunikationsstrukturen,
 eine Übersicht über AnsprechpartnerInnen,
 ein Kalender der religiösen Feste im Stadtteil,
 eine Entwicklung von Riten für die einzelnen Feiertage,
 eine Stadtkarte für Sicherheitsfragen und für Themen von der Stadtökologie bis hin zu Fragen struktureller Benachteiligungen,
 eine Liste von religiös motivierten Bürgerinnen und Bürgern, die in einer Arbeitsgemeinschaft der Religionen mitwirken könnten,
 eine Sammlung gelungener Beispiele.

Ein Atlas der Religionen wäre ein erster Schritt, sich gegenseitig wahrzunehmen, in Hörweite zu kommen, auf Ab- und Ausgrenzungsidentitäten zu verzichten und schrittweise kooperative Beziehungen aufzunehmen oder gar informelle Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Das wird leichter, wenn auch unabhängige Persönlichkeiten mit Religionshintergrund zur Mitarbeit gewonnen werden.

Zusätzlich könnten Berater aus Jugend-, Schul-, Sozial-, Arbeits- oder Stadtplanungsämtern die notwendige Sachkunde einbringen und dazu beitragen, dass es wirklich um Problemlösungen und nicht nur um Prestigegewinn geht.

Hinzu käme eine Übersicht über strukturelle Probleme, die hilft, sie zu gewichten und zu vermeiden, sich im Dschungel von Detailproblemen zu verlieren. Zudem lässt sie die Aufgaben herausfiltern, zu deren Lösung vor allem religiös motivierte Menschen beitragen können.

Dabei sollten die Religionen auch Tabus thematisieren, damit nicht durch Opportunismus oder Feigheit vor dem Freunde Schweigezonen entstehen, sondern das Dialog- und Arbeitsklima von Glaubwürdigkeit geprägt ist.

Sie können zudem in Konflikten vermitteln, indem von ihnen auf nicht anstößige Weise Anstöße zum Perspektivenwechsel ausgehen.

Sie können zu einer mentalen Stadtsanierung beitragen, indem sie sich als Anwälte der Zukunft gegen ansteckende Resignation stemmen.

Das bedeutet nicht, Zukunftsängste zu verdrängen, sondern sie zu benennen, bearbeitbar und auflösbar zu machen.

4. Arbeitsmethoden

a) Stadtteilerkundungen

Ein Stadtatlas der Probleme und der gelungenen Beispiele kann durch 'alternative Stadtbegehungen' oder 'kommunalen Erkundungen' entstehen. Wenn eine kommunale Arbeitsgemeinschaft der Religionen zwei oder drei Mitglieder eines Runden Tisches bittet, sich sachkundig machen, was im jeweiligen Problemfeld anderswo bereits praktiziert wird, dann wäre anschließend am eigenen Ort zu erkunden, ob und wie auch in der eigenen Stadt realisiert werden kann, was sich anderswo bewährt hat.

Zu den Stadtteilerkundungen gehören auch Besuche bei Entscheidungsträgern am Ort ihres Wirkens, also in Industrieunternehmen, in betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten, in Ausländerämtern, bei Sportverbänden, in Verwaltungen, in Industrie- und in Handelskammern und bei Gewerkschaften. Die Ergebnisse lassen sich dann in einen Stadtteil-Atlas einfügen.

Solche Erkundungen sind dann ergiebig, wenn auf moralische Drängelei verzichtet wird und wenn Gesprächspartner nicht in die Defensive getrieben, sondern mit gelungenen Beispielen neugierig gemacht und zu gemeinsamen Lern- und Suchprozessen angestiftet werden.

Bei solchen Erkundungen erwerben religiöse Arbeitsgemeinschaften zugleich das notwendige Strukturwissen über Meinungsbildungen und Entscheidungsabläufe in Organisationen. Dieses Strukturwissen ist Voraussetzung für ein sachkundiges und nicht moralisierendes Mitdenken und Mitraten, das nicht überfordert und nicht in die Defensive treibt.

b) Lernen in fremden Situationen

Eine weitere Übung des Perspektivenwechsels und des gemeinsamen Lernens wäre das, was man Exposure-Programme nennt. Wer als Leiter einer Ausländer-, Polizei- oder Schulbehörde einmal eingeladen war, ein Wochenende in einer zugewanderten Gastfamilie gelebt hat, begreift mehr, als ihm ganze Bibliotheken

vermitteln können. Etwas zu erleben, erfahren und begreifen, also mit allen Sinnen wahrzunehmen, macht solche Eindrücke nachhaltiger als kognitives Wissen. Deshalb sind solche Exposure-Programme wichtige Hilfen der Wahrnehmung und des Verstehens. Es gibt kaum andere als die Religionen, die solche Lernprozesse organisieren und Brücken des Verstehens bauen könnten.

Einen solchen Perspektivenwechsel hat einst der Weltbankpräsident Wolfensohn seinen Mitarbeitern sogar zur Pflicht gemacht, indem er verfügte, dass sich jeder Projektleiter zumindest einmal einer ganz fremden Situation aussetzt, denn solche Programme vermitteln fremde Wirklichkeiten besser als Theoriedebatten, Denkschriften und lange Forderungslisten.

c) Werkstattgespräche

Es gehört zum Markenzeichen eines modernen Stadtmanagement, kulturelle und ethnische Vielfalt nicht zu erdulden, sondern produktiv zu nutzen. Deshalb laden Bürgermeister auch Migranten zu Werkstattgesprächen ein, damit sie zur Lösung kommunaler Zukunftsaufgaben ihrer neuen Heimat beitragen und dabei ihre besonderen Fähigkeiten zur Geltung bringen können.

Das entspricht dem modernen Management der Industrie, mehr auf kulturelle Vielfalt als auf Einfachheit zu setzen und Probleme vor allem von kulturell gemischten Teams lösen lassen, weil diese kreativer und produktiver sind.

Wenn es Bürgermeistern gelingt, diese Erfahrung der rechnenden Industrie auf die Kommunalpolitik zu übertragen, dann könnte eine integrationspolitische Wende gelingen, die die Migranten weniger als sozial- oder ordnungspolitisches Problem versteht, sondern sie zu einem Bestandteil kommunaler Modernisierungspolitik macht.

So können Migranten aus Elternvereinen, Glaubensgemeinschaften, Unternehmen, Behörden und politischen Selbstvertretungen zu Werkstattgesprächen ins Rathaus eingeladen werden, um ihnen die gemeinsamen Zukunftsprobleme der Stadt zu schildern und zur Mitverantwortung vorzulegen.

Das wäre ein bedeutsamer Schritt in Richtung Anerkennungskultur, die die Migranten ehrt, an Problemlösungen für ihre neue Heimat mitzuwirken und dabei ihr kulturelles Profil einzubringen. So wird der Weg frei, in der Mitte der Gesellschaft anzukommen.

Für diese Werkstattgespräche gibt es zentrale Themen und Fragen:

- Wie kann ein Bündnis entstehen, das das Stadtteilimage sanieren hilft?
- Welche Kräfte können helfen, Ballungsprozesse aufzulockern?
- Wie lässt sich der Pegel an Gemeinsinn heben?
- Welche Ergänzungen braucht das Stadtteilmanagement durch Ehrenamtliche?
- Welche Gemeinschaftsinitiativen von Glaubensgemeinschaften, Schulen, Wirtschaft und Migrant*innenorganisationen können die Lern- und Bildungsbereitschaft stärken?
- Welche Gemeinschaftsinitiativen könnten den Arbeitsmarkt entspannen?
- Wie entstehen Brücken zwischen Polizei und jugendlichen Migrant*innen?
- Können Schulen zu ihrem Erziehungs- und Bildungsmandat auch ein Integrationsmandat übernehmen?
- Wie lassen sich Verwaltungen interkulturell so öffnen, dass der Arbeitsalltag erleichtert wird?
- Wie können Elterncafés den Dialog zwischen Schulen und Elternhäusern beleben und wie können gar Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern, Schulen und Religionsgemeinschaften entwickelt werden?

Wenn sich eine kommunale Arbeitsgemeinschaft der Religionen auch nur eine dieser Fragen als Aufgabe vornimmt, erhält das Einfluss auf das Meinungsklima der Stadt und ist ein wichtiger Schritt in Richtung Anerkennungskultur, die Ethnien, Kulturen und Religionen erleben lässt, dass sie der neuen Heimat etwas bedeuten, also gefragt, gebraucht und angenommen sind. Das Gefühl hingegen, mehr geduldet zu sein, führt zu verletztem Stolz, kultureller Demütigung und zur Gefahr eines wachsenden ‚inneren Auslands‘.

d) Erzählcafés

Ein drittes Erkundungsmodell besteht darin, Fremdheiten zu überwinden, indem sich man sich nicht Integrationstheorien verkündet, sondern Biographien erzählt. Das trägt mehr zum Verstehen bei als der Austausch von abstrakten Begrifflichkeiten oder gar von Hieb- Stich- und Schlagworten, denn der Mensch lernt nicht nur mit dem Kopf, sondern durch personale Vermittlung, also auf der emotionalen Ebene. Das Verstehen von Biographien, die zu dieser oder jener Meinung geführt haben, schafft Vertrauensbrücken, die auch belastbar sind. Mancher wird das zeitaufwendige Erzählen von Biographien für einen Umweg halten, doch für die Beziehungen zwischen Menschen gilt, dass der Umweg oft die kürzeste Entfernung zwischen zwei Punkten ist. Es wird sicher im Stadtteil auch Cafés geben, die sich in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Religionen wöchentlich einmal zu Erzählcafés umfunktionieren lassen.

Die Opfer der Geschichte erhalten die Chance, sich aus den psychologischen Fängen einer Opferrolle zu befreien, die sich sonst selbst verfestigt und selbst unter veränderten Bedingungen fortsetzen will. Sie können von den Selbstzweifeln befreit werden, in die ein nur individuelles und nicht von allen anerkanntes Schicksal oft führt. Das Zuhören ebnet dem Erzählenden Wege zur Aussöhnung mit sich selbst. So können Erzählcafés helfen, sich gegenseitig den biographischen Rucksack, den jeder mitschleppt, zu erleichtern – nicht durch Verdrängen, sondern durch ein gemeinsames Aufarbeiten von Geschichte, wobei ihnen das Zuhören Würde zurückgibt.

e) Interkulturelle Öffnung von Verbänden und Verwaltungen

Arbeitsgemeinschaften der Religionen können interessante Gesprächspartner für Behörden und Verbände werden, wenn diese sich bemühen, eine interkulturelle Sensibilität einzuüben, um den ethnischen und kulturellen Verschiebungen in der Bevölkerung gerecht zu werden.

Dabei können die Religionen in Seminaren vermitteln, wie sehr Sprache, Gesten und Verhalten von unterschiedlichen Wertbildern geprägt sind. Diese interkulturelle Dolmetscherarbeit würde helfen, fremde Kulturen von innen und nicht nur von außen und aus kalter Distanz analysierend zur Kenntnis zu nehmen.

Eine moralisierende Drängelei wird allerdings zu Lernverweigerungen führen. Deshalb werden die Religionen für die Einsicht werben, dass eine interkulturelle Öffnung nicht nur moralischen Pflicht ist, sondern auch den Alltag erleichtert und deshalb im wohlverstandenen Eigeninteresse liegt, denn das

‚rechnet sich‘,
 schafft Berufsfreude,
 steigert die Effizienz,
 erleichtert den Alltag,
 erhöht die Bürgernähe,
 fördert das Betriebsklima,
 schützt das Integrationsklima,
 ist Bestandteil der Modernisierung,
 schafft einen zeitnahen Dienstleistungsbegriff und
 hilft den Migranten, sich mit der Kommune zu identifizieren.

Doch sie gelingt nur, wenn sie nicht als Sonderaufgabe, sondern als Teil des Regeldienstes gilt, und wenn es einen Gleichklang von individueller und struktureller Öffnung gibt, also sich Initiativen von oben und unten begegnen.

Interkulturelle Offenheit gehört also zum aufgeklärten Eigeninteresse, denn sie erleichtert das Verwaltungshandeln, weil sie Missverständnisse und entsprechende Doppelarbeit, korrigierende Vorsprachen, zusätzlichen Schriftverkehr vermeiden hilft und weil sie ein Vertrauen schafft, das eine genauere Beschreibung der Lebenslage von Antragstellern ermöglicht. Wer hingegen Migranten hilflos dem Dschungel behördlicher Zuständigkeiten überlässt, trägt dazu bei, dass sich letztlich alle mit allem befassen und sich so der Verwaltungsaufwand aufbläht.

Doch dieses moderne Eigeninteresse muss sich noch gegen institutionelle Trägheit und nachhinkendes Bewusstsein durchsetzen. Es ist also auf die Reformkraft gelungener Beispiele angewiesen, auch darauf, dass die Religionen Agenten für das Mehrheitslernen werden und sich auf gemeinsame Bildungs- und Übungsangebote verständigen.

Solche Stadterkundungen, Exposure-Programme, Erzählorte für Biographien und Übungen für interkulturelle Achtsamkeit bewegen mehr als bedrucktes Papier, dem man, so ein afrikanisches Sprichwort, ohnehin nicht ins Auge sehen kann.

Mit diesen Verfahren können die Religionen

- Makler sein zwischen Mehrheiten und Minderheiten, zwischen den Ethnien, zwischen Religionen und Kulturen und zwischen Politik und Netzwerken,
- Agenten sein für eine lernende Politik in einer lernenden Gesellschaft,
- Anlaufstellen und Lotsen sein für Migranten, die sich im Dschungel der Kompetenzen verlieren,
- schnell auf Vorgänge reagieren, die das Integrationsklima gefährden,
- die Selbstorganisation von Migranten fördern,
- Ombuds- und Vermittlungsaufgaben insbesondere in den Bereichen Schule und Polizei erfüllen,
- Anwälte für schwer organisierbare Interessen sein,
- helfen, auf zeit- und ortsnahe Lösungen insbesondere bei Problemen des Aufenthaltsrechtes hinzuarbeiten,
- Initiativen mit Modellcharakter fördern und Anerkennungskulturen entwickeln.
- Lethargie und Aggression bekämpfen,
- Städte durch kulturelle Vielfalt wieder attraktiv machen,
- Stigmatisierungen von Ausländerkonzentrationen abbauen,
- den Pegel an Gemein Sinn heben und das Soziale wieder aufforsten,

f) Meditationen an Orten der Entscheidungen

Es gibt multireligiöse Gruppen, die zu Orten politischer Entscheidungen der Stadt pilgern, dort meditieren und in die Sprache des Gebetes fassen, was sie empfinden.

Hier einige Beispiele:

Gebet eines Migranten

Gott,
 Du hast uns geschaffen,
 Du befähigst zu aufrechtem Gang,
 Du bist die Brücke zwischen denen und uns,
 Du reichst das tägliche Brot der Ermutigung,
 Du gibst den Freiraum, angstfrei anders zu sein,
 Du bist verlässlich in einer Welt der Unsicherheit,
 Du führst aus der Selbstisolierung der Rechthaber,
 Du willst nicht, dass wir uns kulturell kolonisieren,
 Du zeigst Auswege aus den Spiralen der Entfremdung,
 Du bist der Gott Abrahams, der auszog, weil Du mitzogst,
 Du hilfst, empfindsamer und weniger empfindlich zu sein,
 Du befähigst, auf Abweisung mit Zuwendung zu antworten,
 Du begleitest in die Fremde wie ein mitwandernder Horizont,
 Du willst nicht, dass wir Schachsteine sind im fremden Spiel,
 Du schenkst sicheren Tritt auf dem Weg zur offenen Identität,
 Du hast den Menschen nicht als wurzellosen Baum geschaffen,
 Du erwartest beides: den lernenden und bewahrenden Glauben,
 Du weilst nicht bei denen auf dem moralischen Feldherrenhügel,
 Du hast uns zu Kalifen bestellt, zu Statthaltern und Ebenbildern,
 Du bist größer, als alle Vorstellungen und Wunschbilder von Dir,
 Du lässt Dich nicht einfangen in Parolen, Weltbildern und Kulturen,
 Du willst nicht, dass sich jemand entschuldigen muss, dass es ihn gibt,
 Du schenkst Würde, die mehr ist als eine aufenthaltsrechtliche Kategorie.

Gebet eines Beamten

Gott,

bin ich im Ausländeramt Dein Eben- oder Gegenbild -
mit dem Mandat, stündlich Schicksal zu spielen -
gezwungen, nach Recht und Ordnung zu urteilen
in einer Wirklichkeit, für die sie nicht gemacht sind?

Siehst Du, wie Moralisten mich entehren,
wie Migranten mich täuschen und verletzen,
wie ich versucht bin, es auch denen heim zu zahlen,
die es nicht verdienen?

Gott, eile mir zur Hilfe,
wenn ich in den Spiegel schaue
und nicht mehr weiß, wer ich bin.

Hast Du diese komplizierte Wirklichkeit geschaffen?
Warum muss ich herhalten,
dass das Ausländerrecht bleiben kann, wie es ist,
obwohl es nicht bleiben kann, wie es ist?

Ihre Augen, starr vor Verzweiflung, verfolgen mich in die Nacht.
Die Tränen derer, die sich gedemütigt fühlen,
das Zittern derer, für die ich Obrigkeit bin,
die unverheilte Erinnerungen weckt.

Mein Gegenüber betet zu Dir,
und ich bete zu Dir,
doch die Antwort – nach Aktenlage?

Schenk mir einen spirituellen Geist,
selbst Gewöhnliches ungewöhnlich zu tun.
mehr zu hören, als sie zu sagen vermögen,
mehr zu verstehen, als die Hektik zulässt,
im Gegenüber Dein Abbild zu sehen
und mehr als eine aufenthaltsrechtliche Kategorie.

Gebet eines Lehrers

Gott,
bewahre mich vor Resignation,
hilf mir im täglichen Nervenkrieg,

reich mir das tägliche Brot der Ermutigung,
lass mich an das Menschsein des Menschen glauben,
und schenke mir Kraft und Lust zu schöpferischer Phantasie.

Ich darf Kulturen nicht umpressen,
sondern stehe für die Freiheit des Werdens.
Doch was schützt vor dem Missverstehen,
das Freiheit in Chaos und
Zuwendung in Schwäche wendet?

Wer hilft im Konflikt der Erziehungsziele und -stile
zwischen Eltern, Moscheegemeinden und Schulen,
dass wir sie nicht auf dem Rücken der Kinder austragen
und diese Schaden nehmen?

Schenk mir den Blick
für die Schönheit des Berufs
und auch die teilnehmende Freude
über Zugewanderte, die wirklich ankommen.

Gebet eines Theologen

Gott,
zu Dir rufe ich: 'allahu akbar',
denn Du bist wirklich größer
als jedes Gottesbild,
erhaben über uns.

Verzeih', wenn wir Dich zur Waffe
und Komplizen unseres Unrechts machen,
Dich in Begriffe, Parolen und Programme einkern
und Dich als unser Wunschbild vergötzen wollen.

Du hast Menschen gemacht nach Deinem Bilde,
doch wir machen Götter nach unserem Bilde,
nicht erhabene, sondern die wir brauchen und
nicht ewige, sondern Diener unserer Zeit.

Du hast Dich in das Staubkorn Erde verliebt,
das sich zum Mittelpunkt des Kosmos macht,

voll ist von Heilslehren,
 und Blut in Deinem Namen.
 Und Ketten, mit denen wir andere ketten
 an ihre Defizite.

Doch Du sprichst uns das große Dennoch zu.
 Verzeih uns, dass wir Dich erniedrigen
 zum Mittel des Rechthabens,
 zur Echowand unserer Interessen,
 zur Waffe gegen Meinungsgegner
 und zum Anstifter, gegeneinander zu glauben.

Gebet eines Polizisten

Gott, heute hat es wieder gereicht
 mir, dem Prügelknaben der Nation.
 Ich soll rechtsstaatlich mit denen umgehen,
 die nur die Sprache brutaler Härte verstehen
 und mich verwechseln mit einem Weichei.

Einheimische verachten mich,
 werfen mir Feigheit vor,
 die Problemlösung zu vertagen.
 Migranten hassen mich,
 denn ich bin Repräsentant
 einer Ordnung gegen sie.
 Jugendliche verspotten mich,
 denn Richter reagieren nicht,
 Eltern hoffen auf mich,
 denn sie schaffen es nicht.
 Cliques verhöhnen mich,
 denn ich verstehe sie nicht.

Gebet eines Integrationsbeauftragten

Gott, täglich der Ruf:
 „Meine letzte Hoffnung!“
 Täglich die Erwartung,
 wahrgenommen zu werden,

Wärme zu spüren und
Migranten durch ansehen Ansehen zu geben.

Und dann die Überforderungen:
,Integration als aufsuchendes Programm',
,der Integration ein Gesicht geben'
,aufrechten Gang' ermöglichen.
Doch es bleibt:
verletzte Identität,
kulturelle Demütigung
Narben der Religionsgeschichte,
ungeduldet leben.

Und dann der Tagtraum:
Integration feiern können,
Schuldzuweisungen bremsen
Subjektrollen ermöglichen.

Gebet eines Kommunalpolitikers

Gott, sieh diesen Stadtteil,
die Selbstaufgabe,
den Pegel an Gemeinsinn,
den Trend nach unten,
die zementierte Verzweiflung,
diese Schweigezonen!

Haben die Menschen die Zukunft hinter sich?
Wo sind die Zehn,
die sich aufbäumen,
zur Hoffnung anstiften,
mitreißen und
das Soziale aufforsten?

Ich will nicht hadern.
Vielleicht ist alles nur mein Echo,
Antwort auf fehlende Ermutigung,
Ergebnis des Wegsehens
Oder der mangelnden Übung,
Mit dem Kopf des Anderen zu denken

Und durch fremde Brillen zu sehen.

Schenke mir die Kraft,
durchzuhalten,
zu ermutigen,
Wege zu bahnen,
und schöpferische
Phantasie zu entwickeln.

V. Themen von besonderer Bedeutung für die Religionen der Stadt

a) Die Jugend – Thema für Strukturen des Zuhörens

In vielen Debatten wird jugendlichen Migranten oft, gerne und mit negativer Genüsslichkeit der Spiegel der Kriminalstatistik vorgehalten, nicht aber die fehlende Integrationspädagogik thematisiert.

Wer nur in präventiver Absicht das Schlimmste verhindern will, argumentiert aus der Negation heraus, schreibt Jugendliche auf ihre Defizite fest und überhört die Grundmelodie ihrer Sehnsucht nach positiver Wertung.

Wie bei anderen Konfliktthemen auch geht es nicht um weiche oder harte, sondern um intelligente Lösungen.

So fragen Muslime und Aussiedler, ob der Mehrheitsgesellschaft Strukturen des Zuhörens fehlen und ihr deshalb entgeht, dass Druck von außen Solidarisierungszwänge auslöst, die Cliques eher festigen, und dass sie die Jugend, die sie schlecht redet, auch schlecht macht, weil sich diese Jugend selbst aufgibt.

Sie fragen ferner, welche Botschaft die Politik für die Jugendlichen hat. Sie vermissen eine politische Ansprache und Zuwendung oberhalb der Betreuungsebene. Eltern fühlen sich allein gelassen mit der Sorge um die Jugendlichen der 3. und 4. Generation, die zwar Deutsche sind und sein wollen, doch sich stets ausgegrenzt fühlen.

So ziehen sich mehr Jugendliche, als die Politik ahnt, in die innere Emigration zurück, machen sich unerreichbar, flüchten in eine Rückzugsidentität und entgleiten dem Einfluss ratloser Familien. Gefordert sind deshalb zuhörende, aufnehmende und verstehende Gesten und Impulse, die die Jugendlichen nicht noch mehr in integrations-verweigernde Solidarität treiben.

Deshalb gehört zu einer nachholenden Integration Strukturen des Zuhörens zu entwickeln, ohne die viele nicht mehr zu erreichen sind.

Dafür können die Religionen Runde Tische anbieten, zu denen sie Eltern und Vertreter der Schulen einladen. Dort entstehen Lernorte für Schulen durch gemeinsame Anregungen, Unterstützungen, Themen, Angebote und helfende Personen für Konzepte und Gestaltungen interkulturell sich öffnender Ganztagschulen.

Angesagt wäre auch ein Festival *von* Jugendlichen *für* Jugendliche, für das ein vorlaufendes Dialogprogramm mit Jugendlichen die Konturen möglicher Inhalte erarbeitet.

Sie wollen eine Subjektrolle, um nicht länger als Sozialfälle der Nation am Rande der Gesellschaft ausgehalten zu werden, sondern den Weg zu finden, auf dem sie in der Mitte der Gesellschaft ankommen können. Insofern ist die Jugendfrage ein Schlüsselthema gelingender Integration im Stadtteil.

Diesen Impuls hätten Schulen zu stützen, die ihr Erziehungs- und Bildungsmandat mit einem Integrationsmandat verknüpfen – nicht, weil sie Kräfte für zusätzliche Aufgaben frei hätten, sondern weil sie ihrer normalen Aufgabe ohne ein Integrationsmandat nicht mehr gerecht werden können.

Sie wären wesentlicher Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das sich an der Schnittstelle gemeinsamer Interessen bilden könnte:

- So befürchtet die Industrie, dass schon bald eigentliche Wachstumsgrenze der Mangel an Facharbeitern sein wird.
- So befürchten insbesondere jugendliche Migranten, keine Arbeits- oder Ausbildungsstelle zu finden.
- So stellen Migrantenkinder fest, dass sie zu bestimmten Schulsystemen keinen Zugang finden.

- So erleben jugendliche Migranten, dass ihnen der Zutritt zu Freizeiträumen versagt wird.
- So erleben Jugendliche Vorbehalte, wenn sie Beziehungen zwischen unterschiedlichen Ethnien eingehen wollen.
- So befürchten die Städte eine Kriminalisierung des Stadtklimas, wenn die Integrationshoffnungen jugendlicher Migranten endgültig abstürzen.
- So müssen sich die Schulen mit ihrem neuen, interkulturellen Umfeld vernetzen, um eine neue pädagogische Atmosphäre zu schaffen.
- So weiß die Politik, dass die Schule das Tor zur Gesellschaft und ihren Werten ist. Wenn es also gilt, die Migranten nicht zu Objekten der Sozialpolitik, sondern zu Subjekten der Modernisierungspolitik zu machen, dann erfordert das eine Klimawende, die vor allem von den Schulen ausgeht.

Das Elternmotiv, dass es den Kindern einmal besser gehen soll, ist das stärkste Integrationsmotiv. Es ist frustrationsfest und ethnisch, religiös und kulturell neutral, und dennoch ein Motiv, das kaum systematisch genutzt wird.

Die Eltern brauchen dringend eine Ermutigung, denn sie haben vieles gleichzeitig zu leisten: Dazu gehört der Mediengebrauch im kulturell fremden Umfeld, das Konsumverhalten, die Drogengefährdung, die Gesundheitserziehung, das Aufwachsen in zwei Sprachwelten, die neue Rollenverteilung in der Familie, die schulischen und beruflichen Chancen, die zeitliche Strukturierung des Familienalltags, die Grenzziehung zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem im Freizeitverhalten, die Informationen über Schullaufbahnen und Berufsausbildung, den Konflikt der Erziehungsstile von Elternhaus, öffentlicher Schule, Medien und Moscheegemeinden, die Wirkung von Strafen in einer anderen Erziehungskultur, psychische Gesundheit trotz des Mediendruckes und nicht zuletzt die Beteiligung der organisierten Elternschaft am Prozess demokratischer Willensbildung. All das, ohne darauf wirklich vorbereitet zu sein.

Es gilt, den Eltern bewusst zu machen, dass die Schule dabei Partner der Eltern sein will und kann. Sie kann eine anerkennende Atmosphäre zwischen den Kindern und Jugendlichen aufbauen und den Eltern und Schülern helfen, indem sie je nach Hintergrund, Bedürfnissen und Möglichkeiten individuell fördert und Integration erleichtert. Dafür bieten sich zum Beispiel Fallberatungen an, Unterrichtsbesuch durch Eltern, ehrenamtliches verkaufen in Schulcafés durch

deutsche und zugewanderte Eltern, Lebensberatung von Migranten für Migranten im Schulgebäude

Die besondere Lage jugendlicher Migranten ist zwar bewusstseinspflichtig, doch die Chance, gemeinsames Helfen aus Anlass der asiatischen Flutkatastrophe zu einem jugend- und integrationspolitischen Faktor zu machen, wurde weitgehend verspielt. Doch die vielen kommunalen Partnerschaften könnten und sollten nachträglich Kristallisationskern für interreligiöse Jugendgruppen werden.

Sie enthalten nicht nur Aufgaben, sondern auch Chancen; zum Beispiel die, dass sich bei uns Migranten und Einheimische zugunsten Dritter zusammentun und erleben, dass sie mehr verbindet als interkulturelle Streitthemen.

Sie wollen also nicht mehr gegeneinander Recht haben und gegenseitig Defizite erspähen, sondern den Blick schulen für das, was andere zur gemeinsamen Leistung beitragen. Gemeinsame Taten brauchen wir ohnehin wie das Brot im Schrank, wenn zumindest bei uns der Beweis gelingen soll, dass Alternativen zum Kampf der Kulturen sehr wohl möglich sind.

Migranteltern und auch deutsche Eltern sollten an einem Runden Tisch des Austausches und der gegenseitigen Unterstützung teilnehmen. So könnten Eltern-Partnerschaften entstehen, die initiativ werden für Sprachschulen von Jugendlichen für Jugendliche, für Berufsberatung und für betreute Freizeitangebote in Schulen für Jugendliche ihres Stadtteils.

b) Flüchtlinge – Teil und Schatten der Gesellschaft

Flüchtlinge bewegen sich in einer Grauzone, in der sie nicht gewollt, doch geduldet sind, unerwünscht, aber nicht abschiebbar, schutzlos, aber nicht rechtlos. Was es für Flüchtlinge bedeutet, wenn Heimat und Fremde es für das Hauptproblem halten, dass es sie gibt, können nur die ahnen, die täglich mit den Betroffenen umgehen. Zwar hat jeder der Flüchtlinge ein menschliches Antlitz, doch ihr Menschsein wird oft auf aufenthaltsrechtliche Kategorien reduziert.

Dass es Initiativen gibt, die sich damit nicht abfinden, die Verdrängungsthemen ans Licht holen und die sich mehr für Einzelfälle als für Prinzipien engagieren, trägt wesentlich zur Humanisierung der Gesellschaft bei.

Aber auch das ist zu sehen: Die dramatische Lebenslage von Flüchtlingen kann dazu verleiten, moralisierend überspitzte Forderungen zu stellen, die dem Stil

und dem Inhalt nach eher Mauern bauen, statt sie abzutragen. Den Flüchtlingen ist nämlich erst dann geholfen, wenn sich unterschiedliche Mandate komplementär zueinander verhalten, sich moralisch nicht diffamieren, miteinander in Hörweite bleiben und wenn Gesinnungs- und Verantwortungsethiker schöpferisch miteinander umgehen.

Zum Gesamtbild gehört auch, dass viele Beamte darunter leiden, dass sie bei der Entscheidung von Flüchtlingsfragen täglich oder gar stündlich Schicksal spielen müssen. Ihr Psychostress sollte nicht kleingeredet werden. Andere glauben allerdings, dem Staat einen besonderen Dienst durch ein Abschreckungsverhalten zu erweisen, das auf etwaige neue Flüchtlinge keine Sogwirkung ausübt. Das ist eine eigenmächtige Interpretation staatlicher Interessen, denn es kann nicht im deutschen Interesse liegen, sich überall in der Welt Feinde zu schaffen.

In Bezug auf die geduldeten, doch inzwischen ganz- oder teilintegrierten Flüchtlinge gibt es erheblichen aufenthaltsrechtlichen Nachholbedarf. Es ist den privaten Initiativen zu danken, dass sie die Gewissen wach halten und verhindern, dass aus dem Flüchtlingsthema ein Verdrängungsthema wird.

Das gilt vor allem für traumatisierte Flüchtlinge, die in den letzten Jahren aus dem Irak, dem Iran, aus Nahost, aus dem Kosovo, dem Kongo, aus Bosnien und der Türkei kamen. Traumatisierte Menschen gibt es aber auch in Palästina und in Israel. In beiden Ländern wird Leben ausgelöscht und psychische Gesundheit zerstört, solange sich die Mechanismen von Gewalt und Gegengewalt nicht ausbremsen lassen.

Posttraumatische Belastungen zeigen sich in Gestalt von Depressionen mit Suizid-Gefahr, Schlafstörungen, Atemnot, Magenschmerzen, Panikattacken, Ausbrüchen bei re-traumatisierenden Situationen wie Geräuschen und Gerüchen, die Erinnerungen wecken, oder bei Abschiebeandrohungen und anderen Behördenerfahrungen.

Die Leistungsgesetze halten die Krankenlassen nicht auf Hilfe für Behandlungen von Traumata an, weil, so die irrige Vorstellung, traumatische Erfahrungen mit der Zeit von selbst ausheilen. Doch je älter ein Mensch wird, desto näher kommt ihm die Vergangenheit, so dass mit dem zeitlichen Abstand der Therapiebedarf sogar wachsen kann.

Wenn etwas heilen würde, dann das Gefühl einer Zukunftsperspektive durch Bildungs- und Ausbildungsangebote, Arbeitserlaubnis und durch eine

verstehende Nachbarschaft, insbesondere durch die seismographische Wachheit einer sensiblen Kirchen- oder Moscheegemeinde.

Das instrumentalisiert die Religionen nicht, reduziert sie nicht auf einen Funktionswert und lenkt sie nicht von ihren Kernaufgaben ab, sondern verknüpft Glaube und Handeln. Das entspricht ihrer gesellschaftlichen Mitverantwortung und revitalisiert sie, wenn sie sich von Großaufgaben herausfordern lassen.

c. Die Nähe zu Arbeitslosen

Der Mensch hat als Geschöpf Gottes Würde, also nicht erst durch Arbeit und Leistung, auch nicht erst durch seine Gesundheit und durch sein Aufenthaltsrecht. Andererseits gehört Arbeit so sehr zum Wesen des Menschen, dass Aufgabenlosigkeit kaum ohne psychische Folgen zu ertragen ist.

Der Mensch kann im Gleichgewicht bleiben durch den rhythmischen Wechsel zwischen Arbeit und Ruhe. Wer ihn nachhaltig stört und das Eine auf Kosten des Anderen absolut setzt, der nimmt psychosomatische Folgen in Kauf.

Bei dem, was die Religionen zum Wesen der Arbeit zu sagen haben, schwingt natürlich mehr mit als nur ihre Arbeitsethik - so die buddhistische Grundtugend, nämlich die der Achtsamkeit beim Umgang des Menschen mit der Mitwelt, die muslimische Hochschätzung von Gehorsamsregeln, der hinduistische Impuls, dem raffenden Leben das Bild vom Leben als Opfer entgegen zu halten, die jüdische Grundmelodie, das Leben als verantwortliche Haushalterschaft zu verstehen, die Idee der Bahais, für die vor allem das Bild von der einen Menschheitsfamilie verpflichtend ist, und schließlich die Erfahrung der Christen, die sich durch die erfahrene Liebe Gottes in die Verantwortung für Mitmenschen gestellt sehen.

So weisen unterschiedliche religiöse Traditionen in die gleiche Richtung, nämlich die, den Trend zum selbstzerstörerischen Selbstbezug umzukehren, oder, wie es die Buddhisten sagen, das Anhaften des Menschen an Ketten triebhaften Wollens abzulegen. Selbst bei unterschiedlichen Lehrtraditionen folgen sie einer vergleichbaren ethischen Grundtendenz, nämlich der Spiritualität des Hinduismus, dem Gehorsam des Judentums, der Schönheit des Lebens im griechischen Weltbild, dem edlen Mitleiden im Buddhismus, der verlässlichen Treue im Germanentum, der Vision göttlicher Liebe im Christentum und dem Geist der Hingabe an den souveränen und rechtleitenden Gott im Islam. Das ist nicht als Einebnung religiöser Profile gemeint, wohl aber

als religiöser Impuls, die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Lebenslage von Arbeitslosen in den Verantwortungshorizont der Religionen einzubeziehen.

Insbesondere werden die Glaubensgemeinschaften diejenigen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, ihrer Lebenslage und dem verletzten Selbstwertgefühl mit besonderer Aufmerksamkeit und Solidarität begegnen. Sie werden sie ermutigen, sich nicht selbst aufzugeben, sie werden die Folgen für die Familie mindern und sie werden die eigene Wertschätzung durch sinnstiftende Aufgaben stabilisieren.

Über individuelle Hilfe hinaus müssen die Glaubensgemeinschaften auch die Öffentlichkeit mahnen, das Schicksal von Arbeitslosigkeit nicht durch Wegsehen zur Kenntnis zu nehmen. Solange Arbeitslose kaum organisiert sind und ihre Stimme kaum zur Geltung bringen können, haben die Religionen die Rolle von Anwälten des öffentlichen Gewissens zu übernehmen. Sie haben bei der Suche nach Arbeit im Stadtteil schöpferische Phantasie anzuregen. Sie können Arbeitgeber veranlassen, eine Zeit in einer Familie eines Arbeitslosen zu leben, um das ganze Drama einer solchen Lebenslage auf sich wirken zu lassen. Sie werden insbesondere der Jugend die Bedeutung beruflicher Qualifizierung vor Augen führen. Zudem sollten die Religionen in Deutschland dieses zentrale Problem zum Thema eines gemeinsamen Votums machen.

VI. Mitwirkende im Beirat für religiöse Integrationsfragen

Ait Salah, Hassan, RAA Düren

Dahlhaus, Horst, Ev. Forum Bonn

Dahmen, Liesel, Landesfachausschuss für religiöse Fragen der FDP-NRW

Dreier, Hartmut, christlich-islamische Arbeitsgemeinschaft Marl

Durmus, Metin, christlich-islamische Arbeitsgemeinschaft Marl

El-Zayat, Ibrahim,

Fallois, Annette de, Beratungsstelle für christlich-islamische Begegnung

Gutheil, Jörn-Erik, Landeskirchenrat, Evangelische Kirche im Rheinland

Haußmann, Sybille, MdL, Bündnis 90/ Die Grünen

Isil Ceylan, Deutsch-Türkischer Freundschaftsverband
 Joshua, Wilfred
 Karinos, Lambros
 Klatt-Schikowsky, Gabi, Arbeiterwohlfahrt
 Köller, Dr. Henning von, Landesfachausschuss für religiöse Fragen der FDP-NRW
 Krebs, Rolf, Kirchenrat, Evangelisches Büro NRW
 Lefringhausen, Dr. Klaus, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW
 Lux, Eva-Maria, Bischöfliches Generalvikariat
 Macanovic, Meolida, zivilgesellschaftliche Initiativgruppe
 Mazyek, Aiman, Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.
 Meißner, Volker, Arbeitskreis Integration im Bistum Essen
 Neuser, Bernd, Beratungsstelle für Christlich-Islamische Begegnung der Ev. Kirche im Rheinland und der Ev. Kirche von Westfalen
 Nieland, Joergen, Evangelische Kirche im Rheinland
 Özmal, Leyla, Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EGDU)
 Öztürk, Rafet, DITIB
 Pieper, Ulrich
 Posselt, Ralf-Erik, Evangelische Kirche von Westfalen
 Rubinstein, Herbert, Landesverband der jüdischen Kultusgemeinden von Nordrhein
 Sánchez-Otero, Dr. José, Landeszentrum für Zuwanderung
 Schlesinger, Edith, Erzbistum Köln
 Schmidt, Gundula, Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit
 Schöll, Gerhart, Jugendhof Vlotho, Projekt Integration durch muslimische und interreligiöse Jugendarbeit
 Schwarze, Antje, Zentrum für Türkeistudien, Essen; Projekt: Toleranz und Verständigung - unsere Muslimischen Nachbarn
 Schwarze, Dietrich, Pfarrer, Ev. Kirche von Westfalen
 Schwitanski, Rainer, Landessportbund NRW
 Sevim Dagdelen,
 Steindler, Inge, Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Landesfachausschuss für religiöse Fragen der FDP-NRW
 Stiller, Friedrich, Pfarrer, Vereinigte Evangelische Kirchenkreise Dortmund-Lünen
 Straßburger, Pfarrerin Doris, Evangelische Kirchengemeinde Essen-Kray
 Tanriverdi, Saduman, Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl
 Totakhyl, Ghulam-D., Annemarie Schimmel Forum für Interreligiöse und Interkulturelle Verständigung e.V., St. Augustin
 Ünalán, Ahmet

Vogt, Dr. Karl-Heinz, Prälat, Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen
Weinmann, Bernhard, Martin-Luther-King-Schule, Marl, mit dem
Jugendkulturprojekt ‚Kunterbuntes Chamäleon‘
Wilde, Heinz, Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl
Wirth, Michael, Ev. Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg
Wittenschläger, Christiane